



Geschäftsführung Ausschuss Schule und Weiterbildung

Herr Krämer

Telefon: (0221) 221-21064

Fax: (0221) 221-29241

E-Mail: Thomas.Kraemer@Stadt-koeln.de

Datum: 17.08.2022

Niederschrift

über die **11. Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung** in der Wahlperiode 2020/2025 am Montag, dem 16.05.2022, 15:05 Uhr bis 18:00 Uhr, Rathaus Spanischer Bau, Ratssaal.

Bitte melden Sie sich im Vorfeld der Sitzung bei der Schriftführung an. Es steht eine begrenzte Zahl von Sitzplätzen für die Öffentlichkeit zur Verfügung. Es besteht Maskenpflicht!

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Dr. Nils Helge Schlieben	CDU
Herr Franz Philippi	SPD
Frau Bärbel Hölzing	Grüne
Herr Max Christian Derichsweiler	GRÜNE
Frau Mechthild Böll	GRÜNE
Frau Maria Helmig	SPD
Herr Mario Michalak	GRÜNE Vertretung für Bauer-Dahm
Herr Oliver Seeck	SPD
Frau Constanze Aengenvoort	CDU
Frau Anneliese Hauser	Auf Vorschlag der CDU
Herr Heiner Kockerbeck	DIE LINKE
Frau Stefanie Ruffen	FDP
Frau Andrea Browsers	Auf Vorschlag von Volt

Beratende Mitglieder

Frau Janja Mihaljevic	Auf Vorschlag von Die FRAKTION
Herr Thomas Glowacki	auf Vorlag der Grünen
Herr Andre Burghardt	Auf Vorschlag der SPD
Frau Heidi Irlenbusch	auf Vorschlag der SPD
Frau Dagmar Naegele	auf Vorschlag der SPD
Frau Simone Schäfer	Auf Vorschlag der CDU
Herr Dr. Klaus Zimmermann	Auf Vorschlag der CDU

Frau Maria Katharina Westphal	auf Vorschlag der FDP-Fraktion
Herr Paul Gottschalk	Auf Vorschlag von Volt
Frau Nathalie Binz	Stadtschulpflegschaft Köln
Herr Jakob Godtman	Bezirksschülervertreter
Herr Achim Schmitz	Stadtschulpflegschaft Köln
Frau Gönül Topuz	Auf Vorschlag des Integrationsrates

Stellvertretende beratende Mitglieder

Frau Ulrike Müller-Harth	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
--------------------------	---

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Daniel Bauer-Dahm	GRÜNE
------------------------	-------

Beratende Mitglieder

Frau Ilka Schänke	Auf Vorschlag der AfD
Frau Astrid Rothaut	Auf Vorschlag der Grünen
Frau Anette Weber	Auf Vorschlag der Grünen
Herr Gerson Wirth	auf Vorschlag der Grünen
Herr Marius Rohde	Auf Vorschlag der CDU
Frau Dr. Carolin Butterwegge	DIE LINKE
Herr Udo Heinrichs	Auf Vorschlag der Ratsgruppe GUT
Frau Beate Grashof	Evangelische Kirche
Frau Christina Zimmermann	Katholische Kirche Entschuldigt
Herr Wolfgang Hülsmann	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule und Transgender Entschuldigt
Frau Stephanie Stangier	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Herr Axel Fier	Seniorenvertretung der Stadt Köln

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Michael Bold	Katholische Kirche
Frau Monika Maurer	Seniorenvertretung der Stadt Köln Entschuldigt
Frau Carmen Schmitt	Evangelische Kirche
Herr Musa Yüceel	Auf Vorschlag des Integrationsrates
Herr Bodo Busch	Auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben Schwule und Transgender Entschuldigt
Herr Bernd Tillmann-Gehrken	Seniorenvertreter der Stadt Köln

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben (CDU) eröffnet um 15:05 Uhr die Sitzung des Ausschusses und begrüßt die anwesenden Ausschussmitglieder, die Besucher*innen aus der Bürgerschaft, **Herrn Bezirksbürgermeister Innenstadt Hupke** (Bündnis 90/Die Grünen), die Presse und die Vertreter*innen der Verwaltung.

Zu Beginn der Sitzung verweist **Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben** (CDU) auf die bereits bekannt gegebenen Hinweise zu den Hygienemaßnahmen und fordert pandemiekonformes Verhalten ein, um die Sitzungsdauer so kurz wie möglich zu halten.

Änderungen und Ergänzungen der Tagesordnung

Folgende Tagesordnungspunkte wurden von der Verwaltung zugesetzt:

I. Im öffentlichen Teil der Tagesordnung:

3.1.1 Zur Entwicklung des Helene-Weber-Platzes als zukünftigen Gesamtschulstandort

1507/2022

Nachtrag

zugesetzt: 12.05.2022 - Tischvorlage

3.3 Aufhebungsbeschluss Venloer Wall
Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Fraktion

AN/1044/2022

Nachtrag

Zugesetzt 16.05.2022 – Tischvorlage

3.3 Aufhebungsbeschluss Venloer Wall
Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Fraktion

AN/1044/2022

Nachtrag

Zugesetzt 16.05.2022 - Tischvorlage

3.4 Schulbaupaket II geplante Baumaßnahme für die GGS Hohe Str. 77 in Porz-Ensen

Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion

AN/1050/2022

Nachtrag

Zugesetzt: 16.05.2022 -Tischvorlage

3.5 Interimsstandort Venloer Wall (AN/1500/2022)

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die GRÜNEN, CDU, SPD, FDP, Volt

AN/1051/2022

Nachtrag

Zugesetzt: 16.05.2022 -Tischvorlage

3.6 GGS Hohe Straße in Porz- Ensen/ Westhoven

Gem. Dringlichkeitsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, FDP, und Volt

AN/1049/2022

Nachtrag
Zugesetzt: 16.05.2022 - Tischvorlage

- 5.8 Nachfrage auf die Beantwortung zum Bildungsmonitoring "Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen Stand 2020/21" (0562/2022) der SE Naegele (SDP)
1467/2022
Nachtrag
Zugesetzt: 06.05.2022
- 5.9 „Wenn Schule wirklich Priorität haben soll...“ Einleitung eines Planungs- und Bauverfahrens zur Errichtung eines Schulinterimbaus für eine neue Gesamtschule auf der Vogelsanger Straße - zu AN/0711/2022 und AN/0750/2022
1262/2022
Nachtrag
Zugesetzt: 09.05.2022
- 5.10 Beantwortung der Anfrage der Fraktionen zu 0524/2022 (Schulbudget für die Selbstverwaltung) vom 28.03.2022
1299/2022
Nachtrag
Zugesetzt: 10.05.2022
- 5.11 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Mechthild Böll aus dem ASW zu TOP 5.9 "Neue Konzeption der Schulsozialarbeit"
1578/2022
Nachtrag
Zugesetzt: 12.05.2022 - Tischvorlage
- 5.12 Beantwortung der mündl. Anfrage der SE Böll aus der Sitzung vom 28.03.2022 zur Generierung von Benutzerkonten für Schüler*innen
1591/2022
Nachtrag
Zugesetzt: 16.05.2022 - Tischvorlage
- 6.7 TU-/GU-Schulbaumaßnahme: Aula der Katharina-Henoth-Gesamtschule Adalbertstraße durch Totalunternehmen - Planungs-, Bau- und Mittelfreigabebeschluss
2399/2020
Nachtrag
Zugesetzt: 06.05.2022
- 6.8 Einrichtung des angemieteten Gebäudes und entsprechende Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für das Gymnasium Aachener Straße 744 – 750 in Müngersdorf im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben im Haushaltjahr 2022
0103/2022
Nachtrag
Zugesetzt: 12.05.2022 - Tischvorlage

- 8.6 Sachstand zu Schulhofentsiegelungen - zu AN/2094/2021 (Beschluss des Finanzausschusses vom 04.10.2021)
1334/2022
Nachtrag
Zugesetzt: 06.05.2022
- 8.7 Elternbroschüre Inklusive Bildung an Kölner (Grund-) Schulen
1421/2022
Nachtrag
Zugesetzt: 06.05.2022
- 8.8 Jahresbericht 2021 des Amts für Weiterbildung / Volkshochschule liegt vor
1523/2022
Nachtrag
Zugesetzt: 09.05.2022
- 8.9 Sachstand Sonder-Schwimmlern-Programm Ferien 2022
1534/2022
Nachtrag
Zugesetzt: 10.05.2022
- 8.10 Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt zu den Grundschul-Interims auf der Vogelsanger Straße statt am Venloer Wall vom 7.4.2022
1621/2022
Nachtrag
Zugesetzt: 12.05.2022 - Tischvorlage
- 8.11 Sachstand zur Beschaffung von mobilen Luftfilteranlagen für Schulen und Kitas
1618/2022
Nachtrag
Zugesetzt: 16.05.2022 - Tischvorlage
- 8.12 Mitteilung zur digitalen Schulinfrastruktur
1604/2022
Nachtrag
Zugesetzt am 16.05.2022 um 14:27 Uhr - Tischvorlage
- II. Im nichtöffentlichen Teil der Sitzung:
- 12.1 Prüfbericht Kooperationsverträge Offene Ganztagschule
1616/2022
Nachtrag
Zugesetzt: 13.05.2022 - Tischvorlage
- Änderungsantrag zu 13.1 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines oder mehrerer Investor*innen mit Grundstück zur Planung und Errichtung eines Gymnasiums im Stadtbezirk Porz
AN/1038/2022
Nachtrag

Zugesetzt: 13.05.2022 - Tischvorlage

Frau Aengenvoort (CDU) stellt den Antrag, **Frau Prof'in. Verlinden** (gruensystem.koeln, ein Projekt der Bürgerinitiative Grüne Lunge Köln e.V.), ein Rederecht zu TOP 5.7 einzuräumen.

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben (CDU) schlägt vor, TOP 5.7 gemeinsam mit TOP 3.1 und 3.1.1 zu behandeln und entsprechend vorzuziehen und TOP 5.9 unter TOP 2.2 zu behandeln. Ferner schlägt er vor, TOP 6.6 ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu schieben.

Herr Seeck (SPD) teilt mit, dass der Dringlichkeitsantrag der SPD unter TOP 3.4 unter Bezug auf TOP 3.6 hinfällig sei und vom Antragsteller zurückgezogen werde.

Herr Kockerbeck (Die Linke) teilt mit, dass er dem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, FDP und Volt, welcher unter TOP 3.6 behandelt werde, ohne ein Statement der Verwaltung nicht zustimmen könne, sich aber eine Zustimmung, bei einer Umwidmung in einen Prüfauftrag an die Verwaltung, vorstellen könne. Die Antragsteller signalisieren Zustimmung.

Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht vorgetragen.

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben (CDU) lässt über die so geänderte Tagesordnung und das beantragte Rederecht für **Frau Prof'in. Verlinden** abstimmen.

Beschluss:

Der so geänderten Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt.

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

- A** **Verpflichtung neuer sachkundige Einwohner*innen bzw. stellvertretende sachkundige Einwohner*innen**
- B** **Bericht zur aktuellen Lage der Ukraine-Geflüchteten**
- C** **Einholung eines Stimmungsbildes zur Möglichkeit eines Livestream der Sitzungen des Ausschuss Schule und Weiterbildung**
- 1** **Gleichstellungsrelevante Themen**
- 2** **Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen**
- 3** **Anträge gemäß der Geschäftsordnung des Rates**
- 3.1 Kurt-Tucholsky-Schule in eine Gesamtschule umwandeln
Gem. Antrag der Fraktionen von SPD und Die Linke
AN/2014/2021
- 3.1.1 Zur Entwicklung des Helene-Weber-Platzes als zukünftigen Gesamtschulstandort
1507/2022

- 3.2 Schulbescheinigungen für volljährige Schüler*innen automatisch übermitteln
Gem. Antrag der Fraktion Bündnis 90/die GRÜNEN, der CDU-Fraktion und der Volt Fraktion
AN/0975/2022
- 3.3 Aufhebungsbeschluss Venloer Wall
Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Fraktion
AN/1044/2022
- 3.4 Schulbaupaket II geplante Baumaßnahme für die GGS Hohe Str. 77 in Porz-Ensen
Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion
AN/1050/2022
- 3.5 Interimsstandort Venloer Wall (AN/1500/2022)
Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die GRÜNEN, CDU, SPD, FDP, Volt
AN/1051/2022
- 3.6 GGS Hohe Straße in Porz-Ensen/ Westhoven
Gem. Dringlichkeitsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, FDP, und Volt
AN/1049/2022

4 Anfragen gemäß der Geschäftsordnung des Rates

5 Anfragen und Beantwortungen zu Anfragen aus früheren Sitzungen

- 5.1 Rheinische Musikschule Musikschulentwicklungsplan
Gem. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/die GRÜNEN, der CDU-Fraktion und der Volt Fraktion
AN/0354/2022

Beantwortung der Anfrage zu Anteilen der von festangestellten Mitarbeitenden und von freien Mitarbeitenden der Rheinischen Musikschule erteilten Unterrichtseinheiten
0851/2022

- 5.2 Beantwortung AN/0355/2022 - Anfrage zu Musenkuss
Anfrage der FDP-Fraktion aus dem Ausschuss Kunst und Kultur
0930/2022

- 5.3 Sanierungsstau bei den Sporthallen - zu Anfrage AN/0708/2022 der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion VOLT aus dem Sportausschuss
1041/2022

- 5.4 Programm "Verrückt? Na und!" Beantwortung der Anfrage von RM Seeck (SPD) aus der Sitzung des Ausschuss Schule und Weiterbildung vom 14.02.2022
1034/2022
- 5.5 Beantwortung einer Anfrage zum Planungsstand der Stadt Köln bezüglich des Ganztagsförderungsgesetzes (GaFöG)
der Fraktion Die FRAKTION
1296/2022
- 5.6 Anfragen zu TOP 8.1 VO 3127/2021 - Fortschreibung des Gesamtkonzeptes Kulturelle Bildung - KuBiK
Beantwortung einer mündlichen Anfrage von BM von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen) aus der Sitzung des Ausschuss Kunst und Kultur
0694/2022
- 5.7 Information zu den Interimsstandorten Kreuzer Straße und Venloer Wall
1500/2022
- 5.8 Nachfrage auf die Beantwortung zum Bildungsmonitoring "Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen Stand 2020/21" (0562/2022)
der SE Naegele (SDP)
1467/2022
- 5.9 „Wenn Schule wirklich Priorität haben soll...“ Einleitung eines Planungs- und Bauverfahrens zur Errichtung eines Schulinterimbaus für eine neue Gesamtschule auf der Vogelsanger Straße - zu AN/0711/2022 und AN/0750/2022
1262/2022
- 5.10 Beantwortung der Anfrage der Fraktionen zu 0524/2022 (Schulbudget für die Selbstverwaltung) vom 28.03.2022
1299/2022
- 5.11 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Mechthild Böll aus dem ASW zu TOP 5.9 "Neue Konzeption der Schulsozialarbeit"
1578/2022
- 5.12 Beantwortung der mündl. Anfrage der SE Böll aus der Sitzung vom 28.03.2022 zur Generierung von Benutzerkonten für Schüler*innen
1591/2022
- 6 Empfehlungen**
- 6.1 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors*iner Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung einer 4-zügigen Grundschule mit zwei Sportübungseinheiten im Stadtteil Köln-Rondorf Nord-West
0600/2022

- 6.2 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors oder einer Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung einer Grund- und Gesamtschule im Stadtbezirk Mülheim
0797/2022
- 6.3 Aktionsplan zur Folgezertifizierung der Stadt Köln als „Kinderfreundliche Kommune“
0961/2022
- 6.4 ‚Identität stärken - natürliche Mehrsprachigkeit fördern!‘
Positionspapier des Integrationsrates als Grundlage für den Umgang mit Mehrsprachigkeit in der Stadt.
1017/2022
- 6.5 Erstellung eines Erweiterungsbaus Küche mit Mensa sowie die erforderlichen Nebenräume für die offene Ganztagschule inklusive Anbau einer Aufzugsanlage für die Grundschule Ernstbergstr. 2, 50765 Köln-Blumenberg

Baubeschluss
2642/2021
- 6.6 Regionalplanneuaufstellung,
hier: Stellungnahme der Stadt Köln zum Regionalplanentwurf Köln
1159/2022
- 6.7 TU-/GU-Schulbaumaßnahme: Aula der Katharina-Henoth-Gesamtschule Adalbertstraße durch Totalunternehmen - Planungs-, Bau- und Mittelfreigabe-
beschluss
2399/2020
- 6.8 Einrichtung des angemieteten Gebäudes und entsprechende Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für das Gymnasium Aachener Straße 744 – 750 in Müngersdorf im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben im Haushaltjahr 2022
0103/2022
- 7 Entscheidungen**
- 7.1 Beauftragung eines Musikschulentwicklungsplans - Bedarfsfeststellung für die Beauftragung einer freiberuflichen Tätigkeit gemäß § 5 Abs. 1 Buchstabe b) der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln
2171/2021
- 7.2 Bauliche Maßnahmen im Berufskolleg Deutzer Freiheit, Eumeniusstraße 4, 50679 Köln-Deutz: Ertüchtigung der Verkabelung, Herrichtung eines naturwissenschaftlichen Fachraums und Akustikmaßnahmen
0654/2022

8 Mitteilungen der Verwaltung

- 8.1 Einsatz von professioneller Sprach- und Kulturmittlung in AO SF-Verfahren in Kölner Schulen
0707/2022
- 8.2 Mittelbewirtschaftung im Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) Sachstand 2021
0484/2022
- 8.3 Halle Reitweg
Mitteilung zu einer Anmerkung des RM Breite aus dem Sportausschuss vom 10.03.2022
1101/2022
- 8.4 Offene Ganztagschule im Primarbereich - Bedarfssituation im Schuljahr 2022/2023 und Ausblick auf den Rechtsanspruch ab 2026
0219/2022
- 8.5 Gestaltung der Grundschulsituation in der Planungsregion Nippes/Mauenheim/Riehl/Niehl mit Weidenpesch im Stadtbezirk Nippes
1197/2022
- 8.6 Sachstand zu Schulhofentsiegelungen - zu AN/2094/2021 (Beschluss des Finanzausschusses vom 04.10.2021)
1334/2022
- 8.7 Elternbroschüre Inklusive Bildung an Kölner (Grund-) Schulen
1421/2022
- 8.8 Jahresbericht 2021 des Amtes für Weiterbildung / Volkshochschule liegt vor
1523/2022
- 8.9 Sachstand Sonder-Schwimmlern-Programm Ferien 2022
1534/2022
- 8.10 Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt zu den Grundschul-Interims auf der Vogelsanger Straße statt am Venloer Wall vom 7.4.2022
1621/2022
- 8.11 Sachstand zur Beschaffung von mobilen Luftfilteranlagen für Schulen und Kitas
1618/2022
- 8.12 Mitteilung zur digitalen Schulinfrastruktur
1604/2022

9 Mündliche Anfragen

I. Öffentlicher Teil

A Verpflichtung neuer sachkundige Einwohner*innen bzw. stellvertretende sachkundige Einwohner*innen

Auf Grund der pandemischen Lage sind die neu zu verpflichtenden sachkundigen Einwohner*innen des Ausschusses Schule und Weiterbildung, welche auf Vorschlag der Seniorenvertretung Köln vom Rat der Stadt Köln in der Sitzung am 05.05.2022 gewählt wurden, nicht anwesend. Die Verpflichtung wird in der nächsten Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung vorgenommen.

B Bericht zur aktuellen Lage der Ukraine-Geflüchteten

Frau Ritter (Amtsleitung, Amt für Schulentwicklung) gibt einen aktuellen Überblick über die Beschulung der Schüler*innen aus der Ukraine:

Stand: 16.05.2022	Schüler*innen
Primarstufe	634
Sekundarstufe I	678
Sekundarstufe II	379
Gesamt	1.691

In den Vorbereitungsklassen stehen folgende freien Plätze zur Verfügung

Stand: 16.05.2022	Plätze
Primarstufe	233
Sekundarstufe I	351

Im Kommunalen Integrationszentrum werden stetig neue Beratungstermine angeboten und vereinbart. Seit Beginn der Ukraine Krise wurden sieben zusätzliche Vorbereitungsklassen eingerichtet. Das Amt für Schulentwicklung stehe mit der Schulaufsicht und der Gebäudewirtschaft in enger Abstimmung, um an einigen Schulstandorten weitere Einrichtung Vorbereitungsklassen zu bilden. Von Seiten der Gebäudewirtschaft wurde das Angebot gemacht, weitere 19 Container für die Beschulung von ukrainischen Schüler*innen zu nutzen. Hierbei handelt es sich um alle Container, welche derzeit auf dem Markt angeboten wurden. Zusammen mit der Schulaufsicht werde nunmehr priorisiert, welche Standorte hierfür in Frage kommen. Zum neuen Schuljahr werden darüber hinaus weitere Möglichkeiten räumlicher Art benötigt um, neben der Containeraufstellung, weitere Ressourcen zu generieren. Hier würden verschiedene Möglichkeiten, wie die Anmietung, und die Nutzung externer Räumlichkeiten, in der Nähe von Schulstandorten, geprüft. Es stelle sich ebenso die Frage, ob an bestimmten Standorten Vorbereitungsklassen gebündelt eingereicht werden können. Hierzu befindet sich das Amt für Schulentwicklung noch in Abstimmung mit der Schulaufsicht.

Herr Seeck (SPD) bittet um Auskunft darüber, ob den aus der Ukraine geflüchteten Schüler*innen die Möglichkeit geboten werde, am digitalen Unterrichtsangebot der

Ukraine teilzunehmen und ob ihnen hierfür digitale Endgeräte zur Verfügung gestellt würden.

Herr Kockerbeck (Die Linke) fragt nach, um welche Art von externen Räumlichkeiten es sich handele, welche für die Nutzung durch Vorbereitungsklassen in Betracht kommen würden.

Frau Ritter (Amtsleitung, Amt für Schulentwicklung) erläutert, dass die aus der Ukraine geflüchteten Schüler*innen hier der deutschen Schulpflicht unterliegen würden. An den Schulen stehe den Schüler*innen selbstverständlich das gleiche Angebot wie den hiesigen Schüler*innen zur Verfügung. Zugleich bestehe auch die Möglichkeit, digitale Endgeräte auszuleihen. Ebenso können die Maßnahmen im Rahmen von „Aufholen nach Corona“ für die aus der Ukraine geflüchteten Schüler*innen eingesetzt werden.

Bei den Ergänzungen durch externe Räumlichkeiten werde, nachdem die Möglichkeit der Nutzung von Containern ausgereizt sei, zum Beispiel eine Nutzung der Räumlichkeiten von Pfarrgemeinden in Frage kommen. Es werde eng mit den Schulen zusammen, auch die räumliche Entfernung zu den Schulen geprüft. Hier müsse selbstverständliche berücksichtigt werden, an welchen Standorten die Bedarfe am größten seien, um eine möglichst wohnortnahe Beschulung anbieten zu können.

Herr Seeck (SPD) erkundigt sich darüber, ob Schulstandorte bekannt seien, an welchen aus der Ukraine geflüchtete Lehrer*innen unterrichten würden und ob die Möglichkeit bestehe, unter diesen Voraussetzungen einen ukrainischen Schulabschluss fertig zu stellen.

Frau Vianden (Schulaufsicht) teilt mit, dass genaue Angaben hierüber erst bei den Schulen abgefragt werden müssten. Ukrainischen Schulabschluss könnten hier in der Bundesrepublik nicht vergeben werden.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben (CDU) bedankt sich für den Bericht.

Zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

C Einholung eines Stimmungsbildes zur Möglichkeit eines Livestream der Sitzungen des Ausschuss Schule und Weiterbildung

Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben (CDU) führt aus, dass der Rat die Verwaltung am 04.02.2021 beauftragt hatte, auch ein mögliches Live-Streaming von Sitzungen der Ratsausschüsse und der Bezirksvertretungen zu eruieren. Hierzu ist ein Stimmungsbild der einzelnen Gremien einzuholen. Die Verwaltung habe hierzu mehrere Alternativen vorbereitet.

1. Der Ausschuss stimmt der Übertragung mittels Livestream **nicht zu**.
2. Der Ausschuss stimmt der Übertragung mittels Livestream **zu**.
 - Dem Ausschuss ist bekannt, dass die dafür bereitzustellenden Haushaltsmittel von ca. 8.000 Euro jährlich (inklusive MwSt.) derzeit nicht in der Haushaltsplanung veranschlagt oder in der Budgetvorgabe vorgesehen sind.
 - **Der ASW nimmt in Kauf, dass die dafür erforderlichen Haushaltsmittel aus Umschichtungen zu Lasten anderer (Pflicht-)Aufgaben bereitgestellt werden müssen.**
3. Der Ausschuss stimmt der Übertragung mittels Livestream **zu**.

- Dem Ausschuss ist bekannt, dass die dafür bereitzustellenden Haushaltsmittel von ca. 8.000 Euro jährlich (inklusive MwSt.) derzeit nicht in der Haushaltsplanung veranschlagt oder in der Budgetvorgabe vorgesehen sind.
- **Das Amt für Schulentwicklung informiert den ASW unverzüglich nach Abschluss eines Rahmenvertrages zu diesem Thema und plant die, auf dieser Grundlage, erforderlichen Haushaltsmittel bei der Haushaltsplan-Anmeldung 2025 ff entsprechend ein.**

Frau Ritter (Amtsleitung, Amt für Schulentwicklung) erläutert, dass es sinnvoll sei, einen Rahmenvertrag für alle Gremien abzuwarten, bevor jedes Gremium eigene Verträge für ein Live-Streaming abschließt.

Frau Ruffen (FDP) unterstützt ein Live-Streaming der Sitzungen des Ausschuss für Schule und Weiterbildung (ASW), zeigt sich aber verwundert darüber, auf den Abschluss eines Rahmenvertrag zu warten, da der Jugendhilfeausschuss (JHA) seine Sitzungen bereits streamt. Sie bittet darum zu vermerken, dass bei einem künftigen Streaming der Sitzungen des ASW die Aufzeichnungen zur späteren Abrufbarkeit gespeichert werden sollten. Dies ermögliche den Bürger*innen, Sitzungen auch zeitversetzt zu verfolgen.

Herr Beigeordneter Voigtsberger (Dezernent für Bildung, Jugend und Sport) teilt mit, dass der JHA seine Übertragungen aus dem eigenen Budget des Jugendamtes bezahle. Der JHA habe hierüber einen entsprechenden Beschluss zur Mittelübertragung gefasst. Sollte der ASW beschließen, dass bereits zu einer der nächsten Sitzungen ein Live-Streaming erfolgen solle, werde die Verwaltung dies selbstverständlich umsetzen. Natürlich müsse man sich dann Gedanken darüber machen, aus welchem Budget des Amts für Schulentwicklung die hierfür notwendigen Mittel entnommen werden können.

Frau Ruffen (FDP) bittet die Verwaltung um Auskunft zu einem möglichen Zeitfenster. Sollte dieses in der weiteren Zukunft liegen, so würde die FDP eine vorhergehende Beschlussfassung zum Live-Streaming des ASW befürworten.

Herr Beigeordneter Voigtsberger (Dezernent für Bildung, Jugend und Sport) sagt eine Sachstandsmitteilung zur übernächsten Sitzung des ASW, sowie einen Vorschlag der Verwaltung zu einem Live-Streaming der Sitzungen des ASW, zu.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben (CDU) stellt fest, dass das Stimmungsbild im ASW zu einem Live-Streaming der Sitzungen grundsätzlich positiv ausfalle und eine prinzipielle Regelung für den nächsten Haushalt gefällt werden könne.

Eine von **Herrn Ausschussvorsitzendem Dr. Schlieben** (CDU) veranlasste Abstimmung zu einem Stimmungsbild, über die Einrichtung der Möglichkeit eines Live-Streamings der Sitzung des ASW, wird einstimmig positiv zugestimmt.

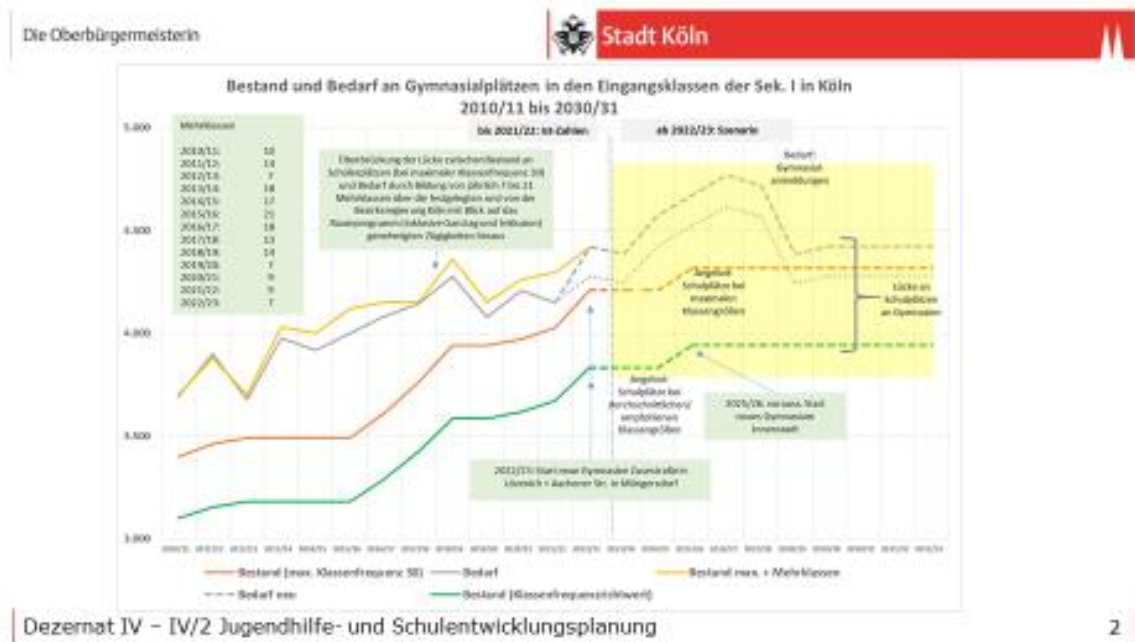
Zur Kenntnis genommen.

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Bericht über den Stand der Schulbaumaßnahmen

Herr Pfeuffer (Dezernat IV, Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung) stellt den Mitgliedern des ASW, anhand zweier Grafiken, die aktuelle und zukünftige Schulplatzsituation im Gymnasial- und Gesamtschulbereich dar.

Grafik 1:



In Grafik 1 wird zunächst eine Übersicht über Bestand und Bedarf an Plätzen in den Eingangsklassen von Gymnasien in einer Zeitreihe von 2010 bis 2030 dargestellt, wobei es sich bei den Zahlen bis 2022/2023 um Ist-Zahlen und ab 2023/2024 um ein Szenario auf der Grundlage der aktuellen städtischen Bevölkerungsprognose handelt.

Die beiden unteren Graphen zeigen den Bestand an Gymnasialplätzen bei durchschnittlichen Klassengrößen von 27 Schüler*innen (grün) und bei Klassengrößen mit 30 bzw. 31 Schüler*innen (orange) an.

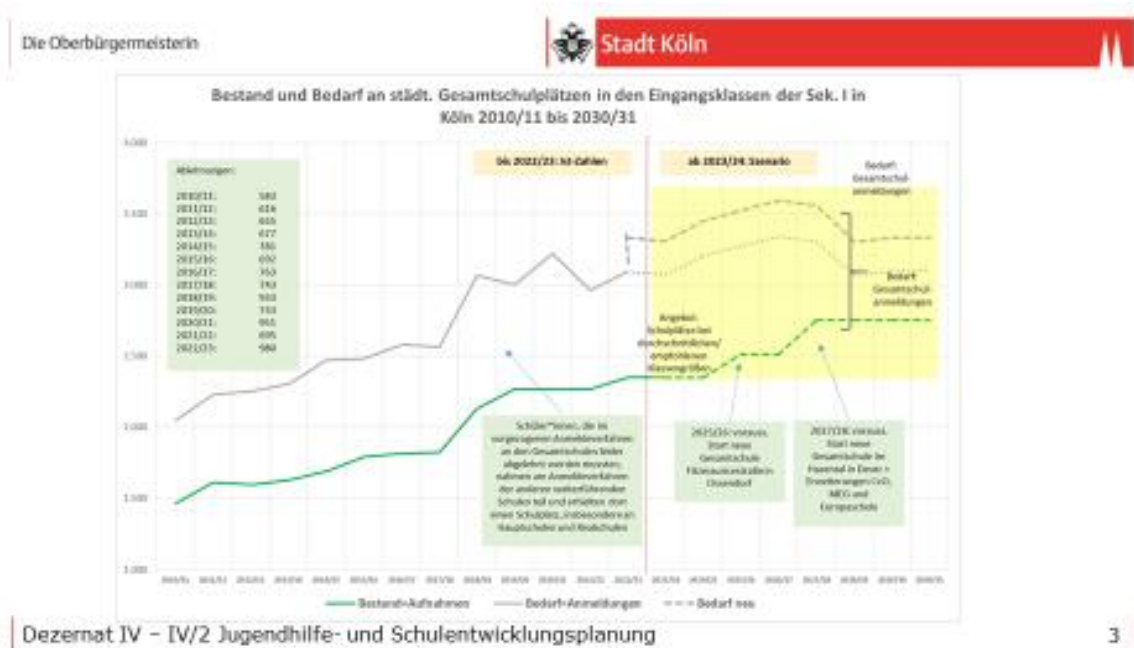
Die graue Linie zeige den Bedarf (im Sinne von konkreter Nachfrage im Anmeldeverfahren) an Gymnasialplätzen. Hier sei zu erkennen, dass dieser in der Vergangenheit deutlich über dem maximalen Bestand an Gymnasialplätzen lag und, um Nachfrage und Angebot auszugleichen, zahlreiche Mehrklassen eingerichtet werden mussten (orangefarbene Linie).

Ebenfalls zu erkennen sei, dass sowohl Bestand als auch Bedarfe in der Vergangenheit stark angewachsen seien, die Abstände sich zuletzt aber verringert hatten. Gleichzeitig zeige ein Blick in die Zukunft, dass voraussichtlich zeitnah noch sehr viel mehr Kinder einen Gymnasialplatz nachfragen werden, als dies bereits der Fall war. Dies liege zum einen an der stark angestiegenen Anzahl der Kinder in Köln, als auch an der prozentual gestiegenen Anzahl von Kindern, welche einen Übergang auf ein Gymnasium wünschen. Dieser Anteil lag lange Zeit bei einem Wert von 44,5% und ist nunmehr auf 46% angestiegen. Dies zeige die graue gestrichelte Linie auf.

Die sich aufzeigende Lücke im gelben Bereich der Grafik gibt das Problem für die Zukunft wieder, wonach man, nach Einschätzung der Verwaltung, spätestens ab dem übernächsten Schuljahr mit einem weiteren deutlicheren Zuwachs der Nachfrage nach Plätzen in einem Gymnasium rechnen müsse.

Diese Lücke sei etwas, was sich die Verwaltung ständig vor Augen führe. Diese Grafiken sollen vor allem zur Diskussion und Lösungsfindung im Ausschuss beitragen. Es sei von der Verwaltung angedacht, künftig neue Schulen bei der Fortschreibung dieser Grafiken zu berücksichtigen, um so auch bildlich darstellen zu können, wie Bestand und Bedarf in Einklang gebracht werden und sich die Schere schließt.

Grafik 2:



In Grafik 2 wird das Bild für die Gesamtschulen in Köln dargestellt. Auch hier werde eine Zeitreihe von 2010 bis 2030, sowohl mit Ist- als auch mit Prognosedaten, dargestellt. Auch hier zeige sich das gleiche Bild. Auch wenn im Gesamtschulbereich in den vergangenen Jahren viele zusätzliche neue Schulplätze hinzugekommen seien, sei die Nachfrage nach Gesamtschulplätzen zumindest in gleicher, teilweise auch stärkerer Weise angestiegen, so dass hier eine Lücke von zuletzt 1000 fehlenden Schulplätzen verzeichnet werden musste.

Auch für die Zukunft zeige sich das gleiche Bild wie bei den Gymnasien und die Verwaltung rechne mit einer weiter zunehmenden Nachfrage nach Schulplätzen an den Gesamtschulen, da die Bevölkerungsentwicklung in den nächsten Jahren einen weiteren Anstieg aufzeige. Ebenso sei auch hier eine weiter steigende Beliebtheit dieser Schulfom festzustellen. Zuletzt seien ca. 32% aller Schüler*innen im Übergang an einer Gesamtschule angemeldet worden.

Bei beiden Grafiken zeige sich, dass jede neue Schule welche ihren Betrieb aufnehme, Auswirkungen auf die Bestandslinien habe. So werde 2025/2026, wenn die Gesamtschule Fitzmauricestraße in Köln-Ossendorf ihren Betrieb aufnehmen wird, die grün dargestellte Bestandkurve sich ein Stück an die Bedarfslinie annähern.

Das gleiche zeige sich nochmals im Schuljahr 2027/2028 zum voraussichtlichen Starttermin der neuen Gesamtschule im Hasental in Deutz und der zu erwartenden Erweiterungen mehrerer Gesamtschulen im Rahmen des 2. Gu/Tu-Paketes.

Die Botschaft dieser Grafiken sei die Darstellung einer maximalen Transparenz der Verwaltung gegenüber der Politik. Die große Herausforderung und der sich daraus ergebende Auftrag sei, die Lücken zwischen der Nachfrage nach Schulplätzen einerseits und dem bereitgestellten Angebot andererseits, auch in einem sehr schnellen Tempo, zu schließen. Dies sei der Grund, warum die Verwaltung aktuell entsprechende Stärkungspakete vorbereite, um über die in den Grafiken genannten Schulen hinaus, weitere neue Schulen, welche vorgezogen an den Interimsstart gehen sollen, vorschlagen zu können.

Diese Grafiken werde die Verwaltung, nach Rücksprache mit dem Ausschussvorsitzenden, von Zeit zu Zeit neu aufrufen, um so den Mitgliedern des ASW die Auswirkungen neuer Entwicklungen darstellen zu können.

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben (CDU) bedankt sich für die Ausführungen.

Frau Hölzing (Bündnis 90/Die Grünen) erkundigt sich nach der angekündigten kleinräumigen Bevölkerungsstatistik und der Elternbefragung und bittet um Auskunft, ob dieses bereits in diesen Bericht eingeflossen sei.

Herr Pfeuffer (Dezernat IV, Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung) bestätigt, dass beides noch nicht eingeflossen sei.

Frau Hölzing (Bündnis 90/Die Grünen) bittet um Auskunft darüber, warum eine Aufteilung in Gymnasien und Gesamtschulen vorgenommen wurde. Sie sehe hier eine einander bedingende Entwicklung der beiden Schulformen untereinander. Hinsichtlich der angekündigten Stärkungspakete bittet Sie um die Nennung eines Zeitpunkts der Vorlage in den Gremien.

Herr Kockerbeck (Die Linke) bittet um Auskunft darüber, welche Annahmen einer erwartenden Zunahme des Anstiegs der Nachfrage nach Plätzen an Gymnasien und anderen Schulformen zugrunde liegen.

Herr Seeck (SPD) sieht sich dahingehend bestätigt, dass kein Erkenntnis-, sondern ein Umsetzungsproblem bestehe. Er appelliert an die Mitglieder des Ausschuss Schule und Weiterbildung, ungeachtet der ideologischen Gesichtspunkte hinsichtlich Gymnasium oder Gesamtschule, alles zu unternehmen um die Verwaltung bei ihren Bemühungen, die bestehenden Lücken frühzeitig zu schließen, zu unterstützen.

Herr Pfeuffer (Dezernat IV, Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung) teilt mit, dass die Mitte des Jahres 2022 erwartete neue Bevölkerungsprognose und die Ergebnisse der Elternbefragung bei der Fortschreibung der beiden Übersichten berücksichtigt würden. Bei den hier vorgestellten Grafiken wurde auf bereits vorliegende Daten, unter Berücksichtigung der Anmeldedaten für das Schuljahr 2022/2023, abgestellt. Hieraus war auch ein Anstieg der Anmeldezahlen bei den Gesamtschulen und den Gymnasien feststellbar. In der Tat sei wahrnehmbar, dass ein breit aufgestelltes und gutes Schulangebot auch zu einer erhöhten Nachfrage führe. Zum Verhältnis Gymnasien zu Gesamtschulen führt er aus, dass an Gesamtschulen zwischen 50 und 60% der Schüler*innen von der Sekundarstufe I auf die Sekundarstufe II überwechseln würden. Dies zeige auf, dass auch ein Anstieg der Nachfrage nach einem direkten Einstieg in die gymnasiale Oberstufe ohne Schulwechsel bestehe. Daher sei es aus Sicht der Verwaltung sinnvoll, bei beiden Schulformen einen Anstieg der angebotenen Plätze vorzusehen. Dies zeige sich auch daran, dass eine Auswertung ergeben habe, dass vorwiegend solche Kinder an den Gesamtschulen, auf Grund der fehlenden Schulplätze, abgelehnt wurden, welche keine gymnasiale Empfehlung hatten.

Herr Beigeordneter Voigtsberger (Dezernat für Bildung, Jugend und Sport) unterstreicht die Herausforderung, welche sich anhand der präsentierten Grafiken zeige. Die Stärkungspakete werden, nach enger Abstimmung mit dem Dezernat Planen und Bauen, erstellt.

Herr Zimmermann (CDU) bittet um Auskunft darüber, ob bei den Grafiken die Tatsache, dass im Schuljahr 2026/2027 auf Grund des Wechsels von G8 zu G9 dort keine Schulplätze frei werden, berücksichtigt wurde.

Herr Pfeuffer (Dezernat IV, Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung) teilt mit, dass dies in den Grafiken nicht abgebildet wurde, dies allerdings von Seiten der Verwaltung sehr wohl berücksichtigt werde. 2026/27 sei das Schuljahr, zu welchem Schüler*innen durch den Wechsel von G8 auf G9 nicht nach dem 12.

Schuljahr von der Schule abgingen, sondern in die 13. Jahrgangstufe übergehen werden. Hiervon seien in Köln ca. 4.300 Schüler*innen betroffen. Dies stelle in der Tat Fragen nach den entsprechenden Raumkapazitäten. Die gezeigten Grafiken zeigen die Situation und die Entwicklung unter Berücksichtigung der Eingangsklassen.

Ausschussvorsitzender RM Dr. Schlieben (CDU) bedankt sich für den Bericht.

Frau Aengenvoort (CDU) bittet um Auskunft zum Sachstand der Interimsschule für die Europaschule in Zollstock.

Frau Ritter (Amtsleitung, Amt für Schulentwicklung) teilt mit, dass die Frage an die Gebäudewirtschaft weitergegeben wurde. Eine Beantwortung stehe aus.

Frau Hölzing (Bündnis 90/Die Grünen) erinnert an den avisierten Sachstand zum Brand am Teilstandort der Heliosschule in der Borsigstraße.

Herr Gräbener (Amt für Schulentwicklung - Schulbau und -betreuung) erklärt, dass die Mitteilung dem Ausschuss Schule und Weiterbildung in der Augustsitzung zugehen werde.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

3 Anträge gemäß der Geschäftsordnung des Rates

3.1 Kurt-Tucholsky-Schule in eine Gesamtschule umwandeln Gem. Antrag der Fraktionen von SPD und Die Linke AN/2014/2021

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben (CDU) teilt mit, dass nunmehr von der Verwaltung eine Stellungnahme zu diesem Antrag vorliege und auch eine Beratung in der Bezirksvertretung Kalk zu diesem Thema stattgefunden habe. Des Weiteren habe die Verwaltung hierzu eine Vorlage für die Sitzung am 22.08.2022 angekündigt.

Herr Seeck (SPD) bittet den Antrag von SPD und Die Linke, zusammen mit der Mitteilung 1507/2022 „Zur Entwicklung des Helene-Weber-Platzes als zukünftigen Gesamtschulstandort“, welche unter TOP 3.1.1. in die Tagesordnung aufgenommen wurde, in die Sitzung am 22.08.2022 zu schieben, um dann gemeinsam mit den anderen Fraktionen, den Antrag der SPD, ggf. unter Berücksichtigung einiger Modifikationen, zu beraten.

Herr Kockerbeck (Die Linke) ergänzt, dass die Sätze 2 und 3 des gemeinsamen Antrags von SPD und Die Linke nicht unbedingt aufrechterhalten würden, wobei er davon ausgehe, dass die Verwaltung alles Notwendige tun werde, um das Kollegium zu übernehmen.

Frau Hölzing (Bündnis 90/Die Grünen) zeigt sich, ob der Ankündigung von **Herr Kockerbeck** (Die Linke) und der angekündigten Vorlage der Verwaltung, optimistisch darüber, hier im August eine gemeinsame Lösung herbeiführen zu können. Sie begrüße die Ankündigung der Antragstellenden, ihren Antragstext zu ändern.

Frau Ruffen (FDP) bittet zu beachten, dass zumindest so viele Schulplätze an der Gesamtschule geschaffen werden müssen, damit den Schüler*innen, welche den Wunsch haben eine Hauptschule zu besuchen, diese Möglichkeit auch weiter einräumen zu können. Dies mache zumindest 1/3 der Plätze an der Gesamtschule aus.

Herr Zimmermann (CDU) bittet um Auskunft darüber, wie viele Schüler*innen in der 7. Klasse der Hauptschule stehen.

Herr Pfeuffer (Dezernat für Bildung, Jugend und Sport - Integrierte Jugendhilfe- und Schulentwicklungsplanung) erläutert, dass dies in der avisierten Beschlussvorlage aufgenommen werde. Zur Orientierung teilt er mit, dass die Kurt-Tucholsky-Hauptschule bisher zwei kleine Eingangsklassen mit 20 bis 25 Schüler*innen bilden konnte. Bei dem Übergang zu einer Gesamtschule würde eine 3. Klasse hinzukommen, um dann die Dreizügigkeit zu erreichen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben (CDU) bedankt sich für die Fragen und deren Beantwortungen.

Zurückgestellt zur Wiedervorlage in der nächsten Sitzung des Ausschuss Schule und Weiterbildung am 22.08.2022.

Abstimmungsergebnis:

**3.1.1 Zur Entwicklung des Helene-Weber-Platzes als zukünftigen Gesamtschulstandort
1507/2022**

Wortbeiträge sind unter TOP 3.1 zusammengefasst.

Zurückgestellt zur Wiedervorlage in der nächsten Sitzung des Ausschuss Schule und Weiterbildung am 22.08.2022.

Abstimmungsergebnis:

**3.2 Schulbescheinigungen für volljährige Schüler*innen automatisch übermitteln
Gem. Antrag der Fraktion Bündnis 90/die GRÜNEN, der CDU-Fraktion
und der Volt Fraktion
AN/0975/2022**

Frau Aengenvoort (CDU) erläutert den Antrag und macht darauf aufmerksam, dass Eltern volljähriger Kinder eine Schulbescheinigung benötigen, um den Schulbesuch ihrer Kinder gegenüber der Familienkasse nachzuweisen. Mit diesem Antrag solle sichergestellt werden, dass die Eltern eine solche Schulbescheinigung automatisch erhalten. Dies sei serviceorientiert. Sie bittet für die Antragsteller um Zustimmung zu diesem Antrag.

Herr Seeck (SPD) bittet die antragstellenden Fraktionen zu erläutern, wer diese Serviceleistung erbringen solle und somit zuständig sei.

Frau Aengenvoort (CDU) erläutert, dass die Verwaltung bei einer Zustimmung zu diesem Antrag gebeten werde, dies zu klären.

Frau Ritter (Amtsleitung, Amt für Schulentwicklung) sagt dies zu, bittet aber den Antragsteller, diesen Antrag in einen Prüfauftrag an die Verwaltung umzuformulieren, da egal wo die Zuständigkeit verortet werde, zusätzliche Kosten für Personal und Material entstehen würden.

Frau Browsers (VOLT) bittet um Erläuterung, ob eine automatisierte, direkte Versendung der Schulbescheinigung z.B. an das Jugendamt möglich sei. Dies würde das Verfahren stark vereinfachen.

Frau Ritter (Amtsleitung, Amt für Schulentwicklung) verweist hier auf bestehende Datenschutzbestimmungen, sagt aber eine Prüfung im Rahmen eines Prüfauftrags an die Verwaltung zu.

Frau Naegele (SPD) bittet die Verwaltung, die Zuständigkeit genau zu prüfen, da diese je nach Einzelfall unterschiedlich sein könne.

Die antragstellenden Fraktionen sind mit einer Umformulierung in einen Prüfauftrag an die Verwaltung einverstanden.

Der Beschlusstext wird in einen Prüfauftrag an die Verwaltung umformuliert:

Beschluss

Die Verwaltung wird gebeten zu prüfen, ob die Möglichkeit besteht, Eltern volljähriger Schülerinnen und Schüler, die weiterführende Schulen in Köln besuchen und auch nach dem Erreichen der Volljährigkeit kindergeldberechtigt sind, umgehend nach Vollendung des 17. Lebensjahres der Schülerin bzw. des Schülers automatisch eine Bescheinigung über den Schulbesuch sowie das voraussichtliche Ende des Schulbesuchs auszustellen und diese den Eltern zu übermitteln.

Abstimmungsergebnis: Der Umformulierung in einen Prüfauftrag an die Verwaltung wurde einstimmig zugestimmt.

3.3 Aufhebungsbeschluss Venloer Wall Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Fraktion AN/1044/2022

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben (CDU) teilt mit, dass dieser Antrag zusammen mit TOP 3.5 und TOP 5.7 behandelt werde.

Frau Mihaljevic (Die Fraktion) begründet den Dringlichkeitsantrag mit der zu erwartenden schlechten Klima-Bilanz des Projekts, im Hinblick auf die Anzahl der zu fällenden Bäume und einer weiteren Versiegelung von Bodenflächen. Sie beantragt, dass dieser Dringlichkeitsantrag ebenfalls im Umweltausschuss beraten und beschlossen werde.

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben (CDU) bedankt sich für den Beitrag und macht darauf aufmerksam, dass die Fraktion DIE FRAKTION diesen Antrag selbstständig und eigenständig in den Umweltausschuss einbringen könne. Hierzu sei keine Beantragung erforderlich.

Er ruft die antragstellenden Fraktionen zu TOP 3.5 auf, ihren Dringlichkeitsantrag „Interimsstandort Venloer Wall“ zu begründen.

Frau Hölzing (Bündnis 90/Die Grünen) weist darauf hin, dass in der Innenstadt dringend sechs Schulen saniert werden müssten. Die Überlegung der Gebäudewirtschaft, hier ein Interim zu bauen, sei wirklich ökologisch und ein guter Ansatz, damit nach und nach die Schulen im Ringtausch saniert werden könnten. Hier erinnere sie z.B. an die Schule im Bürgerpark am Bilderstöckchen, bei welcher für eine Schule eine große freie Fläche versiegelt worden sei. Es sei festzuhalten, dass nach jahrelangem Su-

chen keine wirklich gute Lösung gefunden wurde. Dies sei auch durch die hier vorliegende Mitteilung erkennbar. Schlussendlich sei aber, im Wissen aller Zielkonflikte, im Rat am 10.09.2020 beschlossen worden das Interim auf dem Gelände am Venloer Wall zu errichten. Nachdem auch der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden am 06.12. der Petition gegen das Interim nicht zugestimmt hat, gelten diese Beschlüsse auch weiterhin. Daher veranlasse die Verwaltung auch bereits Rammborungen um den Untergrund dieses Grundstücks zu prüfen. Nunmehr wurde allerdings ein neuer Sachverhalt bekannt, da bisher von der Fällung von 13 Bäumen und einigen Sträuchern ausgegangen wurde. Bei einem Ortstermin wurde festgestellt, dass auch viel mehr Bäume auf dem Nachbargrundstück betroffen seien. Dieser neue Sachverhalt wurde in der Bezirksvertretung Innenstadt aufgegriffen und auch im Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden nochmals betrachtet. Die antragstellenden Fraktionen sehen in den vielen Baumfällungen ebenfalls ein Problem. Sie wollen diese zusätzlichen Baumfällungen verhindern. Oberste Priorität habe aber, keine weitere Verzögerungen dieses Interimsbaus damit die Schulbausanierungen vorangehen können. Daher werden keine weiteren Sondersitzungen beantragt, keine neue Standortprüfung und keine weitere Verschiebung des Interims. Die Bäume sollen gerettet werden und dies sei mit dem vorliegenden Antrag, der breit über viele Fraktionen getragen werde, möglich. Die antragstellenden Fraktionen fordern die übrigen Fraktionen auf, sich diesem Antrag anzuschließen.

Herr Kockerbeck (Die Linke) teilt mit, dass die Linke diesem Antrag nicht angeschlossen habe. Dieser Antrag stelle zwar einen Fortschritt gegenüber dem, beim Lokaltermin bekanntgewordenen Zustand dar, sei aber immer noch nicht zufriedenstellend. Er bedauere, dass heute kein Vertreter der Gebäudewirtschaft anwesend sei, da er sich hier Aufklärung aus erster Hand erhofft habe. Er bittet daher diesen Antrag, auch vor dem Hintergrund eines Beschlusses des Ausschuss Schule und Weiterbildung, eine Fläche auf der Vogelsanger Straße als Interimsfläche für eine Gesamtschule prüfen zu lassen, im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft nochmals zu behandeln. Es sei hier nicht plausibel dargestellt, warum dieser Standort nicht umzusetzen sei. Ebenso sei unklar, was die möglichen Nachteile für eine Entscheidung zu einem Interimsstandort Vogelsanger Straße wären.

Er stelle daher den Antrag, die Tagesordnungspunkte 3.3. und 3.5 zu vertagen und im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft zu beraten.

Frau Ruffen (FDP) macht darauf aufmerksam, dass eine Untersuchung für eine Grundschule ergeben habe, dass der Standort an der Vogelsanger Straße technisch nicht geeignet sei. Dies gelte auch für eine Bebauung mit einem Interim für eine Gesamtschule. Dies wurde in der Bezirksvertretung Innenstadt dargestellt.

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben (CDU) bedankt sich bei **Frau Ruffen** (FDP) für ihre Einlassung als Vorsitzende des Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft.

Er erteilt Frau **Prof'in Verlinden** (gruensystem.koeln, ein Projekt der Bürgerinitiative Grüne Lunge Köln e.V.) das Wort.

Frau Prof'in Verlinden (gruensystem.koeln, ein Projekt der Bürgerinitiative Grüne Lunge Köln e.V.) erläutert das Anliegen der Initiative der Elternvertreter*innen und weist auf die negativen Auswirkungen einer Grundstückbegrenzung und der damit einhergehenden Baumfällung für die Kinder der Kindergärten Venloer Straße 13 und Venloer Straße 13a hin. Sie bemängelt eine mangelnde Beteiligung der Eltern der Kindergartenkinder und bittet Politik und Verwaltung den Klima-Notstand ernst zu nehmen und unter anderem auf eine Fällung von Bäumen zu verzichten sowie bereits versiegelte Flächen für einen zeitlich befristeten Übergangsbau zu nutzen.

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben (CDU) gibt Herrn **Bezirksbürgermeister Hupke** (Bündnis 90/Die Grünen) das Wort.

Herr Bezirksbürgermeister Hupke (Bündnis 90/Die Grünen) weist darauf hin, dass es in der Innenstadt bereits jetzt 6 Grad Celsius wärmer sei als zum Beispiel im Stadtbezirk Lindenthal oder im Stadtbezirk Rodenkirchen. Das Ausmaß der zur erwartenden Fällung von Bäumen sei nur dadurch bekannt geworden, dass die Untere Landschaftsschutzbehörde eine Meldung über die beabsichtigte Fällung der Bäume in diesem Bereich machte. Gegenüber der Bezirksvertretung Innenstadt wurde dies sonst nicht kommuniziert. Alternativ in Frage kommende Standorte seien nicht ausreichend geprüft worden und es werde nunmehr ein unnötiger Zeitdruck aufgebaut. Durch diesen Schulbau am Venloer Wall werde das Biotop des Grüngürtels weiter geschädigt. Dies, so schließt **Herr Bezirksbürgermeister Hupke**, sei nicht in Ordnung.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben (CDU) teilt mit, zunächst über den von Die Linke mündlich eingebrachten Änderungsantrag auf Vertagung der TOPs 3.3, 3.5 und 5.7 in den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft abzustimmen. Dann werde über den Antrag der Fraktion DIE FRAKTION unter TOP 3.3 abgestimmt, um im Anschluss über den zugesetzten Antrag unter TOP 3.5 abzustimmen.

Abstimmungsergebnis:

- I. Mündlicher Vertagungsantrag von **RM Kockerbeck** (Die Linke) zu den Tagesordnungspunkten
3.3 Aufhebungsbeschluss Venloer Wall, Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Fraktion, (Vorlage AN/1044/2022),
3.5 Interimsstandort Venloer Wall (AN/1500/2022), Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die GRÜNEN, CDU, SPD, FDP, Volt, (Vorlage 1051/2022),
5.7 Information zu den Interimsstandorten Kreuzer Straße und Venloer Wall (Vorlage 1500/2022)

Mit der Mehrheit der Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, VOLT und SPD gegen Die Linke abgelehnt.

- II. Ursprungsantrag
Aufhebungsbeschluss Venloer Wall, Dringlichkeitsantrag der Fraktion Die Fraktion, (Vorlage AN/1044/2022),

Mit der Mehrheit der Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, FDP, VOLT und SPD gegen Die Linke abgelehnt.

3.4 Schulbaupaket II geplante Baumaßnahme für die GGS Hohe Str. 77 in Porz-Ensen Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion AN/1050/2022

Tagesordnungspunkt 3.4 und Tagesordnungspunkt 3.6 werden zusammen behandelt.

Herr Seeck (SPD) teilt mit, dass sich der Dringlichkeitsantrag unter TOP 3.4 erledigt habe und vom Antragsteller zurückgezogen werde.

Vom Antragsteller zurückgezogen.

Abstimmungsergebnis:

**3.5 Interimsstandort Venloer Wall (AN/1500/2022)
Dringlichkeitsantrag der Fraktionen Bündnis 90/Die GRÜNEN, CDU, SPD,
FDP, Volt
AN/1051/2022**

Wird zusammen mit TOP 3.3 und TOP 5.7 behandelt. Wortbeiträge sind unter TOP 3.3 aufgeführt.

Beschluss:

Wir beauftragen die Verwaltung, die Variante 3 aus der Beschlussvorlage 3430/2021 gemäß der beigefügten Anlage umzusetzen.

Abstimmungsergebnis: Mit den Stimmen Bündnis 90/Die Grünen, CDU, VOLT, SPD, FDP bei Enthaltung von Die Linke beschlossen.

**3.6 GGS Hohe Straße in Porz- Ensen/ Westhoven
Gem. Dringlichkeitsantrag von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD, FDP,
und Volt
AN/1049/2022**

Der TOP 3.6 wurde mit TOP 3.4 behandelt.

Herr Seeck (SPD) hebt zu TOP 3.6 hervor, dass hier eine klassische Win-Win-Situation dargestellt werde. Die Schaffung von mehr Schulplätzen zu bewerkstelligen und die Sporthalle sowie das Lehrschwimmbecken umzusetzen, biete die Möglichkeit Synergieeffekte zu realisieren.

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben (CDU) ergänzt, dass die Bezirksvertretung Porz sich bereits Mitte des letzten Jahres mit diesem Thema beschäftigt habe und dort breiteste Mehrheiten in vielen Punkten bestanden. Der nun hier vorliegende Antrag spiegelte den einstimmigen Konsens in der Bezirksvertretung Porz wieder. Er weist auf den Hinweis des Dezernenten hin, auch die Möglichkeit zu haben, zuerst mit einer Prüfung an die Verwaltung heranzutreten, um klären zu lassen ob eine, wie im Antrag vorgesehene, Umsetzung möglich sei.

Herr Gräbener (Leitung Abteilung Schulbau und –betreuung, Amt für Schulentwicklung) weist darauf hin, dass dieser Vorschlag vor einigen Wochen von Seiten des Amtes für Schulentwicklung an die Gebäudewirtschaft gesendet wurde. Hier bestehe Einigkeit, dass mit beiden Standorten gearbeitet werden könne. Das Lehrschwimmbecken solle dann ebenfalls in Kombination mit der neuen Sporthalle am Standort Berliner Straße realisiert werden, so dass an der Hohe Straße das Raumprogramm angeboten werden könne, welches die Schüler*innen benötigen. Er weist darauf hin, dass dies in der Revisions-Vorlage zum Schulpaket II entsprechend ausgewiesen werden wird.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben (CDU) lässt über den Dringlichkeitsantrag abstimmen.

Beschluss:

Mit Blick auf die im 2. Maßnahmenpaket für Schulbauprojekte beschlossene Baumaßnahme GGS Hohe Straße im Stadtbezirk Porz (Neubau oder Generalsanierung, des Bestandsgebäude, der Turnhalle und des Lehrschwimmbeckens, Maßnahme Nr.13),

die im Schulentwicklungsplan für Ensen und Westhoven prognostizierte Erhöhung der Klassenzüge von 4 auf 5 und den Beschluss der Bezirksvertretung Porz vom 17.06.2021 (unter Top 8.5), wird die Verwaltung beauftragt zu prüfen,

- inwieweit der als Interimsstandort diskutierte Schulstandort Berliner Straße als neuer, zusätzlicher Grundschulstandort in der aktuellen Planung mitentwickelt werden kann. Der Bedarf der dort bereits ansässigen Förderschule Lernen (Teilstandort Thymianweg) ist hierbei zu berücksichtigen.
- ob eine mögliche, alternative Aufteilung der für Ensen und Westhoven notwendigen 5 Klassenzüge auf eine 3-zügige Grundschule an der Hohe Straße und eine 2-zügige am Standort Berliner Straße die Bedarfe sinnvoller abbildet und im Rahmen des 2. Maßnahmenpakets unter Berücksichtigung von Synergieeffekten verwirklicht werden kann.
- inwiefern die Sanierung und Wiederverwendung der auf dem Grundstück Berliner Straße existenten, aber seit Jahren nicht nutzbaren, baufälligen Turnhalle möglich und sinnvoll ist.

Bei der Prüfung ist zwingend zu berücksichtigen, dass die genannten Vorschläge zu keiner Verzögerung des bisherigen Zeitplans und zu keiner Verschiebung anderer Maßnahmen im Rahmen der Prioritätenliste führen dürfen.

Die Ergebnisse der Prüfung sind sowohl der projektbegleitenden Kommission zum 2. GU/TU-Maßnahmenpaket als auch den beiden Fachausschüssen vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

4 Anfragen gemäß der Geschäftsordnung des Rates

5 Anfragen und Beantwortungen zu Anfragen aus früheren Sitzungen

5.1 Rheinische Musikschule Musikschulentwicklungsplan Gem. Anfrage der Fraktion Bündnis 90/die GRÜNEN, der CDU-Fraktion und der Volt Fraktion AN/0354/2022

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben (CDU) schlägt vor, diesen Tagesordnungspunkt zusammen mit Tagesordnungspunkt 7.1 zu behandeln und die Tagesordnungspunkte 5.1 und 7.1, wegen weiterem Beratungsbedarfs, in die nächste Sitzung des Ausschuss Schule und Weiterbildung am 22.08.2022 zu schieben.

Wegen Beratungsbedarfs zur Wiedervorlage in die nächsten Sitzung des Ausschuss Schule und Weiterbildung am 22.08.2022 geschoben.

Abstimmungsergebnis:

**Beantwortung der Anfrage zu Anteilen der von festangestellten Mitarbeitenden und von freien Mitarbeitenden der Rheinischen Musikschule erteilten Unterrichtseinheiten
0851/2022**

Wegen Beratungsbedarfs zur Wiedervorlage in die nächsten Sitzung des Ausschuss Schule und Weiterbildung am 22.08.2022 geschoben.

Abstimmungsergebnis:

**5.2 Beantwortung AN/0355/2022 - Anfrage zu Musenkuss
Anfrage der FDP-Fraktion aus dem Ausschuss Kunst und Kultur
0930/2022**

Frau Ruffen (FDP) bedankt sich für die Beantwortung der Anfrage und die Weiterleitung an den Ausschuss Schule und Weiterbildung.

Zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

**5.3 Sanierungsstau bei den Sporthallen - zu Anfrage AN/0708/2022 der CDU-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion VOLT aus dem Sportausschuss
1041/2022**

Herr Philippi (SPD) merkt an, dass die Mitglieder des Sportausschusses sich fraktionsübergreifend große Sorgen machen. In 40 Sporthallen gäben es Probleme und Sportunterricht bzw. die Sportübungseinheiten können nicht oder nur teilweise stattfinden. Dies dürfe nicht zu einem Sporthallensanierungsfall auswachsen. Hier müsse gemeinsam aufgepasst werden. Niemand habe ein Interesse die Schulbauliste durcheinander zu bringen, aber vielleicht bestehe hier die Möglichkeit Synergieeffekte zu schaffen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

**5.4 Programm "Verrückt? Na und!" Beantwortung der Anfrage von RM Se-eck (SPD) aus der Sitzung des Ausschuss Schule und Weiterbildung vom 14.02.2022
1034/2022**

Herr Seeck (SPD) bedankt sich für die Beantwortung der Fragen und bittet um Auskunft darüber, wer innerhalb der Verwaltung diese Punkte koordiniere, beziehungsweise wo dies zusammengeführt werde.

Zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

**5.5 Beantwortung einer Anfrage zum Planungsstand der Stadt Köln bezüglich des Ganztagsförderungsgesetzes (GaFöG)
der Fraktion Die FRAKTION
1296/2022**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

**5.6 Anfragen zu TOP 8.1 VO 3127/2021 - Fortschreibung des Gesamtkonzeptes Kulturelle Bildung - KuBiK
Beantwortung einer mündlichen Anfrage von BM von Bülow (Bündnis 90/Die Grünen) aus der Sitzung des Ausschuss Kunst und Kultur
0694/2022**

Frau Hölzing (Bündnis 90/Die Grünen) teilt mit, dass man sich im Ausschuss Kunst und Kultur darauf geeinigt habe hierzu ein Fachgespräch zu veranstalten, da offensichtlich viele Fragestellungen rund um das Thema „KuBik“ bestünden. Sie regt an, dass auch aus dem Ausschuss Schule und Weiterbildung Personen daran teilnehmen könnten, um bestehende Fragen mit der zuständigen Stelle zu klären.

Frau Ritter (Amtsleitung, Amt für Schulentwicklung) sagt eine Einladung zu einem solchen Gespräch durch die Fachabteilung zu.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

**5.7 Information zu den Interimsstandorten Kreuzer Straße und Venloer Wall
1500/2022**

Wurde zusammen mit TOP 3.3 und TOP 3.5 behandelt. Wortbeiträge sind unter TOP 3.3 aufgeführt.

Zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

**5.8 Nachfrage auf die Beantwortung zum Bildungsmonitoring "Inklusionsentwicklung an Kölner Schulen Stand 2020/21" (0562/2022)
der SE Naegele (SDP)
1467/2022**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

**5.9 „Wenn Schule wirklich Priorität haben soll...“ Einleitung eines Planungs- und Bauverfahrens zur Errichtung eines Schulinterimbaus für eine neue Gesamtschule auf der Vogelsanger Straße - zu AN/0711/2022 und AN/0750/2022
1262/2022**

Herr Seeck (SPD) richtet die dringende Bitte an die Verwaltung, hier unkonventionelle Lösungsmöglichkeiten ins Auge zu fassen, um dort eine Interimslösung zu ermöglichen.

Frau Ritter (Amtsleitung, Amt für Schulentwicklung) teilt mit, dass die Bezirksregierung keine Schule genehmige, welche vorzeitig in einem Interim starte wenn, wie in diesem Fall, kein neuer Schulbau mit Fertigstellungstermin benannt werden könne. Die sei an dieser Stelle der Fall. Die benannte Fläche eigne sich ferner, auf Grund

ihrer Größe, nicht für eine vollständige Gesamtschule. Hier müssten, sofern vorhanden, weitere Flächen geprüft werden.

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben (CDU) bedankt sich für die mündliche Auskunft aus dem Amt für Schulentwicklung.

Frau Ruffen (FDP) weist auf bautechnische Gegebenheiten hin und macht darauf aufmerksam, dass unter der Straßenoberfläche umfangreiche Versorgungsleitungen vorhanden seien, welche eine Überbauung, gleich welcher Art, ausschließen.

Herr Kockerbeck (Die Linke) bittet die Verwaltung, zu erläutern warum dieser Standort für ein Interim nicht geeignet sei.

Frau Ruffen (FDP) bittet diese Erläuterung zu den technischen Themen auch dem Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft zur Kenntnis zu geben.

Zur Kenntnis genommen und an den Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft zur weiteren Beratung weitergeleitet.

Abstimmungsergebnis:

5.10 Beantwortung der Anfrage der Fraktionen zu 0524/2022 (Schulbudget für die Selbstverwaltung) vom 28.03.2022 1299/2022

Frau Hauser (CDU) reicht ihre Nachfragen bei der Schriftführung ein. (*siehe TOP 9.6*)

Zur Kenntnis genommen.

5.11 Beantwortung einer mündlichen Anfrage von Mechthild Böll aus dem ASW zu TOP 5.9 "Neue Konzeption der Schulsozialarbeit" 1578/2022

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zur Kenntnis genommen.

5.12 Beantwortung der mündl. Anfrage der SE Böll aus der Sitzung vom 28.03.2022 zur Generierung von Benutzerkonten für Schüler*innen 1591/2022

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zur Kenntnis genommen.

6 Empfehlungen

6.1 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors*iner Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung einer 4-zügigen Grundschule mit zwei Sportübungseinheiten im Stadtteil Köln-Rondorf Nord-West 0600/2022

Frau Naegele (SPD) reicht Ihre Fragen zur Vorlage schriftlich ein. (*siehe TOP 9.5*)

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben (CDU) bittet die Verwaltung eine Beantwortung möglichst bis zur nächsten Ratssitzung am 20.06.2022 vorzulegen.

Er lässt über die Beschlussempfehlung abstimmen:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass für den Neubau einer Grundschule im Stadtbezirk Rodenkirchen ein europaweites Ausschreibungsverfahren durchgeführt werden soll.

Ziel ist es, ein geeignetes Grundstück im Stadtteil Rondorf Nord-West zu finden.

Das Grundstück muss für die Unterbringung einer 4-zügigen Grundschule sowie einer Sporthalle mit zwei Sportübungseinheiten geeignet sein.

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens zum Bau einer 4-zügigen Grundschule für den Stadtbezirk Rodenkirchen.

Das Ausschreibungsverfahren soll sowohl die Grundstückssuche als auch die bauliche Errichtung umfassen.

Abstimmungsergebnis: Bei Enthaltung von Die Linke mit den Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, VOLT, SPD, und FDP zugestimmt.

6.2 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens zur Suche eines Investors oder einer Investorin mit Grundstück zur Planung und Errichtung einer Grund- und Gesamtschule im Stadtbezirk Mülheim 0797/2022

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben (CDU) macht darauf aufmerksam, dass es sich hier nicht zwingend um ein Grundstück handeln müsse. Es könnte auch ein Grundstück für die Grundschule und ein weiteres Grundstück für die Gesamtschule sein.

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Er lässt über die Beschlussempfehlung abstimmen:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln beschließt, dass für den Neubau einer Grundschule und einer Gesamtschule im Stadtbezirk Mülheim ein europaweites Ausschreibungsverfahren durchgeführt werden soll. Ziel ist es, ein geeignetes Grundstück im Stadtteil Mülheim zu finden. Dieses sollte sich zwischen Deutz-Mülheimer-Straße, der Bahntrasse, Bergischer Ring und im nördlichen Bereich in Höhe Papageienstr. befinden.

Das Grundstück muss für die Unterbringung einer 5-zügigen Grundschule mit 2-fach Sporthalle und einer Gesamtschule mit je 4 Zügen in der Sekundarstufe I und II mit einer 3-fach Sporthalle geeignet sein.

Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung mit der Durchführung eines Ausschreibungsverfahrens zum Bau eines Schulgebäudes für eine 5-zügige Grundschule

mit 2-fach Sporthalle und eines Gebäudes für die Unterbringung einer Gesamtschule mit jeweils 4 Zügen in der Sekundarstufe I und II mit 3-fach Sporthalle im Stadtteil Mülheim.

Das Ausschreibungsverfahren soll sowohl die Grundstückssuche als auch die bauliche Errichtung umfassen. Nach Errichtung der Schulen soll das Objekt einschließlich Grundstück langfristig angemietet werden.

Abstimmungsergebnis: Bei Enthaltung von Die Linke mit den Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, VOLT, SPD, und FDP zugestimmt.

**6.3 Aktionsplan zur Folgezertifizierung der Stadt Köln als „Kinderfreundliche Kommune“
0961/2022**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben (CDU) lässt über die Beschlussempfehlung abstimmen:

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

Der Rat der Stadt Köln nimmt den 2. Aktionsplan „kinder- und jugendfreundliches Köln 2022-2025“ zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung mit dessen Umsetzung ab Juli 2022.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**6.4 ‚Identität stärken - natürliche Mehrsprachigkeit fördern!‘
Positionspapier des Integrationsrates als Grundlage für den Umgang mit
Mehrsprachigkeit in der Stadt.
1017/2022**

Herr Kockerbeck (Die Linke) bittet um Mitteilung, in welchen Bereichen der vom Integrationsrat aufgeführten Beispiele dieses Positionspapier praktische Auswirkungen entfalten könne.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Frau Hölzing (Bündnis 90/Die Grünen) teilt mit, dass innerhalb der Fraktion noch Beratungsbedarf bestehe. Sie bittet diesen Tagesordnungspunkt ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Frau Binz (Stadtschulpflegschaft) befürwortet die Förderung von Mehrsprachigkeit, macht aber darauf aufmerksam, dass dies an Grundschulen nicht ausgewählt werden könne und es Defizite hinsichtlich bilingualer Grundschulen in Köln gäbe.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben (CDU) teilt mit, dass die Vorlage auf Grund des Wunsches der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen ohne Votum in die nachfolgenden Gremien geschoben werde.

Ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

6.5 Erstellung eines Erweiterungsbaus Küche mit Mensa sowie die erforderlichen Nebenräume für die offene Ganztagschule inklusive Anbau einer Aufzugsanlage für die Grundschule Ernstbergstr. 2, 50765 Köln-Blumenberg

**Baubeschluss
2642/2021**

Frau Hölzing (Bündnis 90/Die Grünen) bittet die Verwaltung um Auskunft, welcher Träger der Betreiber der Mensa sei.

Frau Ritter (Amtsleitung, Amt für Schulentwicklung) teilt mit, dass die Grundschule bereits existiere und dort bereits mit einem Trägerverein zusammenarbeite. Im Rahmen des Erweiterungsbaus werde die Schule beteiligt und eine Vertretung des Trägervereins wird mit involviert werden um entsprechende Bedarfe einzubringen. Die Frage hinsichtlich eines Selbstkochens/kochen durch Dritte in den Räumlichkeiten werde im Rahmen des vorliegenden Prüfauftrags beantwortet.

Die Verwaltung antwortet, hinsichtlich der Nachfrage nach dem Träger, wie folgt:

Der aktuelle Träger der Mensa ist: IN VIA e. V., Stolzestr. 1a, 50674 Köln

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben (CDU) lässt über die Beschlussempfehlung abstimmen.

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln genehmigt den Entwurf sowie die Kostenberechnung für den Erweiterungsbau Küche mit Mensa sowie den erforderlichen Nebenräumen für eine Küche mit Anbau einer Aufzugsanlage einschließlich der Einrichtung für die Mensa der Grundschule Ernstbergstr. 2, 50765 Köln-Blumenberg mit Gesamtkosten in Höhe von voraussichtlich rund 3,6 Mio. € brutto zuzüglich rund 0,4 Mio. € für die Ausstattung und Einrichtung inkl. Großküchenausstattung.
2. Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Submission, Baudurchführung und Einrichtung des Gebäudes.
3. Zudem genehmigt der Rat der Stadt Köln einen Risikozuschlag von 25 % bezogen auf die nicht-indizierten Gesamtbaukosten gem. Kostenberechnung. Dies entspricht einem Betrag von rund 0,9 Mio. € brutto.
4. Die Finanzierung der Baumaßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplanes der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung erfolgt aus dem städtischen Haushalt nach Fertigstellung der Baumaßnahme über entsprechende Mietzahlungen nach Maßgabe des dann jeweils gültigen Flächenverrechnungspreises.

Auf der Grundlage der bei der Berechnung des Flächenverrechnungspreises üblichen Annahmen ist bei einer Investitionssumme von rund 3,5 Mio. Euro zuzüglich Honorarkosten der Gebäudewirtschaft von 0,1 Mio. Euro von einer jährlichen Haushaltsbelastung von rund 96.000 Euro auszugehen. Sie betrifft neben der Mietbelastung (rund 90.000 Euro) die Nebenkosten inklusive der Kosten für Rei-

nigung (rund 6.000 Euro) und muss voraussichtlich ab dem Haushaltsjahr 2024 aus zu veranschlagenden Mitteln im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand finanziert werden.

Die Finanzierung der konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 35.000 € brutto erfolgt im Haushaltsjahr 2023 aus zu veranschlagenden Mitteln im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen.

Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von rund 330.000 € brutto erfolgt zum Haushaltsjahr 2023 aus zu veranschlagenden Mitteln des Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 9, Auszahlung für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4010-0301-6-2780 - GS Ernstbergstr. – Erweiterung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

**6.6 Regionalplanneuaufstellung,
hier: Stellungnahme der Stadt Köln zum Regionalplanentwurf Köln
1159/2022**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben (CDU) teilt mit, dass im Rahmen der Festlegung der Tagesordnung bereits entschieden wurde, diesen Tagesordnungspunkt ohne Votum in die nachfolgenden Gremien zu verweisen.

Ohne Votum in die nachfolgenden Gremien verwiesen.

**6.7 TU-/GU-Schulbaumaßnahme: Aula der Katharina-Henoth-Gesamtschule
Adalbertstraße durch Totalunternehmen - Planungs-, Bau- und Mittel-
freigabebeschluss
2399/2020**

Frau Hölzing (Bündnis 90/Die Grünen) stellt fest, dass die Aula dieses Standorts perfekt außerhalb des Gebäudes liege. Sie bittet um Beantwortung, ob es einen Nutzungsplan zur externen Nutzung dieser Aula gäbe.

Herr Gräbener (Amt für Schulentwicklung - Schulbau und –betreuung) teilt mit, dass alle Neubauten von Aulen und Sporthallen, auch bei bestehenden Schulen, über die Bezirksämter an Vereine zur Verfügung gestellt werden könnten. Bei Neubauten werde, sofern dies das Grundstück von der Fläche her zulasse, die Aula so gesetzt, dass es nicht notwendig sei durch die Schule laufen zu müssen.

Herr Kockerbeck (Die Linke) begrüßt diese Erleichterung für die Schule. Er bittet um Auskunft darüber, ob es zur Bühne einen behindertengerechten Zugang gebe. Des Weiteren bittet er um Auskunft darüber, ob Parkplätze angelegt oder ausgewiesen werden. Ferner bittet er zu dem Satz aus dem Begründungsteil von Seite 4: „Die Gebäudewirtschaft verfügt nicht über die notwendigen Kapazitäten, um Aufgaben, die über die Bauherrenaufgaben und Projektleitung hinausgehen, in ihren Baumaßnahmen zu erbringen. Diese Kapazitäten sind bewusst und auch politisch gewollt dauerhaft abgebaut worden.“, um Auskunft darüber, wann dieser Abbau der Kapazitäten vorgenommen wurde und wo der politische Wille hierzu festgestellt wurde.

Herr Gräbener (Amt für Schulentwicklung - Schulbau und –betreuung) erläutert hinsichtlich eines behindertengerechten Zugangs zur Bühne, dass dieser in geeigneter

Form nötigenfalls nachgeplant und ggf. im Rahmen eines Mehrkostenbeschlusses aufgenommen werden. Die übrigen Fragen werden der Verwaltung schriftlich beantwortet.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben (CDU) lässt über die Beschlussempfehlung abstimmen.

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

1. Der Rat der Stadt Köln beauftragt die Verwaltung, in einem nationalen Verfahren für den Standort der Katharina-Henoth-Gesamtschule in der Adalbertstraße die **Planung und Errichtung** einer Aula **durch ein Totalunternehmen** ausschreiben zu lassen.

2. Der Rat erkennt den oberen Kostenorientierungswert für die Realisierung der Maßnahme in Höhe von rund 3,67 Millionen Euro an und beschließt die Einrichtungskosten in Höhe von rund 203.600 Euro (investiver Anteil 150.000 Euro, konsumtiver Anteil 53.600 Euro).

Die Finanzierung der Maßnahme erfolgt im Rahmen des Wirtschaftsplans der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln. Die Refinanzierung erfolgt über Mieten aus dem Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben, Teilplanzeile 16, sonstiger ordentlicher Aufwand, nach Inbetriebnahme der Objekte auf Grundlage des dann gültigen Flächenverrechnungspreises.

Die Finanzierung der konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 53.600 Euro erfolgt im Haushaltsjahr 2022 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen. Entsprechende Haushaltsmittel sind im Haushaltsplanentwurf 2022 vorgesehen.

Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten von voraussichtlich rund 150.000 Euro erfolgt zum Haushaltsjahr 2022 aus im Haushaltsplanentwurf 2022 vorgesehenen Mitteln des Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 9, Auszahlung für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4014-0301-8-4607 - Gesamtschule Adalbertstraße-Einrichtung Bühnentechnik.

3. Der Rat beschließt im Haushaltsjahr 2022 eine Mittelfreigabe in Höhe von 150.000 Euro im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben für die Einrichtung der Aula der Katharina-Henoth-Gesamtschule, Adalbertstraße 17, Köln – Höhenberg, Finanzstelle 4014-0301-8-4607 - Gesamtschule Adalbertstraße-Einrichtung Bühnentechnik.

Der Beschluss erfolgt generell vorbehaltlich des Inkrafttretens der Haushaltssatzung 2022.

4. Der Rat genehmigt zudem einen Risikozuschlag von 25 % auf den oberen Kostenorientierungswert.

5. Der Rat der Stadt Köln nimmt zur Kenntnis, dass die Gebäudewirtschaft der Stadt Köln ausschließlich nicht delegierbare Bauherrenaufgaben und Leistungen der Projektleitung erbringt. Alle weiteren zur Erreichung des Projektzieles notwendigen Leistungen werden der Gebäudewirtschaft der Stadt Köln an freiberuflich Tätige vergeben.

6. Eine erneute Gremienvorlage ist nicht erforderlich, solange der genannte obere Kostenorientierungswert um nicht mehr als 25 % überschritten wird. Durch den Planungs- und Baubeschluss wird jedoch lediglich das Maßnahmenbudget ohne Risikozuschlag als Vergabevolumen freigegeben. Die Verwaltung darf über den Risikozu-

schlag nicht unmittelbar, sondern nur bei Risikoeintritt und nach entsprechender Mitteilung im Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft verfügen.

Die aufgrund öffentlich-rechtlicher Bestimmungen (zum Beispiel im Bereich des Naturschutzrechts, et cetera) erforderliche Gremienbeteiligung bleibt von diesem Beschluss unberührt.

7. Die Verwaltung wird dem Rat der Stadt Köln im zweiten Quartal 2022 nach voraussichtlichem Abschluss des nationalen Ausschreibungsverfahrens zu der Schulbaumaßnahme über den Stand der Ausschreibungen berichten.

Abstimmungsergebnis: Bei Enthaltung von Die Linke mit den Stimmen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Volt, SPD und FDP zugestimmt.

6.8 Einrichtung des angemieteten Gebäudes und entsprechende Freigabe von investiven Auszahlungsermächtigungen für das Gymnasium Aachener Straße 744 – 750 in Müngersdorf im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben im Haushaltjahr 2022 0103/2022

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben (CDU) lässt über die Beschlussempfehlung abstimmen.

Der Ausschuss Schule und Weiterbildung empfiehlt dem Rat wie folgt zu beschließen:

Beschluss:

1. Der Rat beschließt die Einrichtung des angemieteten Gebäudes des Gymnasiums Aachener Straße 744 – 750 in Müngersdorf mit Gesamtkosten in Höhe von rund 2.510.000 € (investiver Anteil: 753.000 €, konsumtiver Anteil: 1.757.000 €).

Für die investive Einrichtung des angemieteten Gebäudes beschließt der Rat eine außerplanmäßige Auszahlung in Höhe von 393.000 € im Haushaltsjahr 2022 im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 9, Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen, Finanzstelle 4013-0301-3-3092 - GYM Aachener Straße - Einrichtung Neubau. Die Deckung erfolgt durch entsprechende Wenigerauszahlungen im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 9, Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4016-0301-1-4606 - BK Eitorfer Str. 18 - Einrichtung Werkstätten.

Die restlichen investiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 360.000 € sind anteilig in den Haushaltsjahren 2023 bis 2030 (45.000 € jährlich) im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 9, Auszahlungen für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4013-0301-3-3092 - GYM Aachener Straße – Einrichtung Neubau zu veranschlagen.

Die Finanzierung der konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 917.000 € erfolgt im Haushaltsjahr 2022 aus veranschlagten Mitteln im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die restlichen konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 840.000 € sind anteilig in den Haushaltsjahren 2023 bis 2030 (105.000 €

- jährlich) im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zu veranschlagen.
2. Der Rat beschließt für das Haushaltsjahr 2022 eine Mittelfreigabe in Höhe von 393.000 € im Teilfinanzplan 0301, Schulträgeraufgaben bei Finanzstelle 4013-0301-3-3092 - GYM Aachener Straße – Einrichtung Neubau für die Einrichtung des Neubaus des Gymnasiums Aachener Straße 744 - 750 in Müngersdorf.
 3. Der Rat beschließt zum Stellenplan 2023/24 die Zusetzung einer zusätzlichen 1,5 Stelle Verwaltungsbeschäftigte/r für das Schulsekretariat in der EG 6 TVöD für das ab 01.08.2022 neu eingerichtete Gymnasium Aachener Straße. Die jeweils für die Schuljahre anteiligen Stellenanteile werden verwaltungsintern entsprechend bereitgestellt. Für die Zeit der Errichtung des Gymnasiums bis zum Inkrafttreten des Stellenplans werden verwaltungsintern Stellenverrechnungen im Rahmen bestehender Möglichkeiten zur Verfügung gestellt.
 4. Der Rat beschließt zum Stellenplan 2023/24 die Zusetzung einer zusätzlichen insgesamt 1,0 Stelle Schulhausmeister*in in der EG 7 + ESHM TVöD für das ab 01.08.2022 neu eingerichtete Gymnasium Aachener Straße. Für die Zeit der Errichtung des Gymnasiums bis zum Inkrafttreten des Stellenplans werden verwaltungsintern Stellenverrechnungen im Rahmen bestehender Möglichkeiten zur Verfügung gestellt.
 5. Der Rat beauftragt die Verwaltung, alle erforderlichen Finanzmittel für die Schulsekretariats- und Schulhausmeisterleistungen im Rahmen der Errichtung des neuen Gymnasiums Aachener Straße ab dem Haushaltsjahr 2023 gemäß den Ausführungen in der Begründung bereitzustellen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

7 Entscheidungen

7.1 Beauftragung eines Musikschulentwicklungsplans - Bedarfsfeststellung für die Beauftragung einer freiberuflichen Tätigkeit gemäß § 5 Abs. 1 Buchstabe b) der Zuständigkeitsordnung der Stadt Köln 2171/2021

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben (CDU) schlägt vor, diesen Tagesordnungspunkt zusammen mit Tagesordnungspunkt 5.1 zu behandeln und die Tagesordnungspunkte 5.1 und 7.1, wegen weiterem Beratungsbedarf, in die nächste Sitzung des Ausschuss Schule und Weiterbildung am 22.08.2022 zu schieben.

Wegen Beratungsbedarfs zur Wiedervorlage in die nächste Sitzung des Ausschuss Schule und Weiterbildung am 22.08.2022 geschoben.

Abstimmungsergebnis:

7.2 Bauliche Maßnahmen im Berufskolleg Deutzer Freiheit, Eumeniusstraße 4, 50679 Köln-Deutz: Ertüchtigung der Verkabelung, Herrichtung eines naturwissenschaftlichen Fachraums und Akustikmaßnahmen 0654/2022

Herr Ausschussvorsitzender Dr. Schlieben (CDU) macht darauf aufmerksam, dass die Beschlussfassung vorbehaltlich eines positiven Votums des Betriebsausschuss Gebäudewirtschaft und des Finanzausschuss erfolge.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschluss:

1. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung der Stadt Köln stellt den Bedarf an den baulichen Maßnahmen zur Ertüchtigung der Verkabelung, zur Herrichtung eines naturwissenschaftlichen Fachraums sowie die damit verbundene Einrichtung und die Schaffung von Ersatz für entfallende Archivflächen sowie Akustikmaßnahmen im Berufskolleg Deutzer Freiheit, Eumeniusstraße 4 in Köln-Deutz mit Gesamtkosten in Höhe von voraussichtlich rund 1.214.000 € (brutto) (davon 1.114.000 € Baukosten und 100.000 € Einrichtungskosten) fest und beschließt die entsprechenden Maßnahmen.
2. Der Ausschuss für Schule und Weiterbildung beauftragt die Verwaltung mit der Submission, der Baudurchführung und Einrichtung.

Die zu erwartenden Kosten verteilen sich auf die Haushaltsjahre 2022 – 2025.

Die konsumtiven Mittel für die baulichen Maßnahmen werden im Haushaltsjahr 2022 in Höhe von rund 111.400 € im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen aus veranschlagten Mitteln finanziert. Die restlichen konsumtiven Baukosten in Höhe von voraussichtlich rund 1.002.600 € werden anteilig in den Haushaltsjahren 2023-2025 (2023 und 2024: je 445.600 €, 2025: 111.400 €) aus im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen zu veranschlagenden Mitteln finanziert.

Die Kosten für die Verkabelung werden weitgehend, voraussichtlich in Höhe von rund 398.000 € über den DigitalPakt NRW refinanziert.

Die konsumtiven Einrichtungskosten in Höhe von voraussichtlich rund 35.000 € sind im Haushaltsjahr 2025 im Teilergebnisplan 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 13, Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, zu veranschlagen.

Die Finanzierung der investiven Einrichtungskosten in Höhe von rund 65.000 € erfolgt zum

Haushaltsjahr 2025 aus zu veranschlagenden Mitteln des Teilfinanzplans 0301, Schulträgeraufgaben in Teilplanzeile 9, Auszahlung für Erwerb von beweglichem Anlagevermögen bei Finanzstelle 4016-0301-0-4500 - Einrichtung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig zugestimmt.

8 Mitteilungen der Verwaltung

8.1 Einsatz von professioneller Sprach- und Kulturmittlung in AO SF-Verfahren in Kölner Schulen 0707/2022

Herr Zimmermann (CDU) macht auf das Problem der, lediglich auf Grund der Sprachbarrieren als lernbehindert eingestuften Schüler*innen, aufmerksam und hält die Maßnahmen für sinnvoll, da diese Schüler*innen so schneller in den normalen Unterricht eingegliedert werden könnten. Er bittet in Bezug auf den Satz „Wichtig ist es, die Sprachmittlung in dem komplexen Verfahren nachhaltig zu verankern, da durch den Einsatz von Sprachmittler*innen ein gleichberechtigter Zugang zu Bildung für die Zielgruppe ermöglicht werden kann und so die Integration und Inklusion ins schulische Regelsystem gefördert wird.“ um Mitteilung darüber, ob diese Sprachmittler*innen besonders unterrichtet / eingewiesen werden, um eine Eingliederung von betroffenen Schüler*innen in eine Förderschule möglichst auszuschließen.

Frau Ritter (Amtsleitung, Amt für Schulentwicklung) kann dies nicht bestätigen und erläutert, dass die Unterstützung durch Sprachmittler*innen bisher durch das Kommunale Integrationszentrum bei einem externen Sprachmittler-Pool beauftragt wurde und diese Aufgabe nunmehr an das Schulamt für die Stadt Köln, welche eine Landesbehörde darstellt, übergehe. Hiermit sei kein konkreter Auftrag, wie von **Herrn Zimmermann** (CDU) angesprochen, verbunden.

RM Helmis (SPD) bittet um Auskunft darüber, ob sich diese Maßnahme auch auf eine Hilfestellung bei der Antragstellung z.B. im Rahmen des Pakets Bildung und Teilhabe auswirke. Auch hier sollte die Verwaltung in Erwägung ziehen, im Sinne der Barrierefreiheit, sprachmittlernd zu unterstützen bzw. bestimmte Fachbegriffe in den Anträgen, auch im Kontext zu diesem Programm, zu vereinfachen.

Frau Ritter (Amtsleitung, Amt für Schulentwicklung) teilt mit, dass die Hilfe von Sprachmittler*innen, auch bei Fragen des Ausfüllens von Anträgen, grundsätzlich durch das Kommunale Integrationszentrum angeboten werde. Bei der hier vorliegenden Mitteilung gehe es um Hilfe im Rahmen des AO-SF-Verfahrens.

Frau Topuz (Integrationsrat) teilt mit, dass vor allem dieser Bereich im Rahmen der Elternarbeit ein breites Spektrum einnehme und insbesondere für Eltern mit Migrationshintergrund bedeutend sei. Hier komme es bei sprachlichen Barrieren leider leicht zu Vorwürfen des Rassismus oder der Ausländerfeindlichkeit. Hier sei es wichtig, gerade auch Sprachmittler*innen heranziehen zu können, welche einen muttersprachlichen Hintergrund aufweisen könnten, um mit Eltern und Schulen z.B. bei in Zukunft in Frage kommenden Bildungswegen der Kinder beratend helfen zu können.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Zur Kenntnis genommen.

8.2 Mittelbewirtschaftung im Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) Sachstand 2021 0484/2022

Frau Helmis (SPD) verweist auf die Anregung aus dem Rechnungsprüfungsausschuss, die Möglichkeit zu prüfen, bestimmte Leistungen aus dem Bildungs- und Teilhabepaket auch auf den Kreis der aus der Ukraine geflüchteten Menschen auszuweiten. In der damaligen Sitzung sei mitgeteilt worden, dass dies bei bestimmten Einzelleistungen möglich sei. Sie bittet die Verwaltung mitzuteilen, bei welchen Leistungsbereichen dies der Fall sei. Des Weiteren bittet sie, die Verwaltung zu prüfen, welche Fachbegriffe/Abkürzungen aus Anträgen und Formularen vereinfacht ausgedrückt oder zumindest durch Fußnoten erläutert werden könnten.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung zu.

Zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

8.3 Halle Reitweg Mitteilung zu einer Anmerkung des RM Breite aus dem Sportausschuss vom 10.03.2022 1101/2022

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

8.4 Offene Ganztagschule im Primarbereich - Bedarfssituation im Schuljahr 2022/2023 und Ausblick auf den Rechtsanspruch ab 2026 0219/2022

Frau Hauser (CDU) erläutert, dass die Umsetzung des offenen Ganztags im Primarbereich den Ausschuss Schule und Weiterbildung voraussichtlich als Daueraufgabe begleiten werde. Hierbei spielen verschiedene Komponenten, wie die finanzielle Umsetzung auf Grund des Rechtsanspruchs, die räumliche Ertüchtigung von Grundschulen, gegebenenfalls durch Küchen, die Essens- und möglicherweise Gemeinschaftsräume, eine angemessene, auch frische, Mittagsverpflegung sowie eine angemessene finanzielle Entlohnung und Fortbildung der Betreuungskräfte eine Rolle. Neben diesen grundlegenden Rahmenbedingungen gehe es auch um die Qualität dieser Maßnahme, wenn sie nicht zu einer reinen „Verwahrmaßnahme“ werden soll. Sie denke, dass für die Umsetzung bestimmte Qualitätsstandards festgelegt, u.a. mit einem gemeinsamen Setting werden müssten.

Herr Beigeordneter Voigtsberger (Dezernent für Bildung, Jugend und Sport) führt aus, dass die Verwaltung sich seit einiger Zeit mit der Thematik der OGS-Beschulung befasse. So wurde ein „OGS-Qualitätszirkel“ eingerichtet, bei welchem Träger und Akteure zusammenarbeiten. Die Verwaltung habe im Rahmen des anstehenden Rechtsanspruchs hierzu eine Task-Force gebildet, um der vor uns stehenden großen Herausforderung Rechnung zu tragen. Die Verwaltung werde in einer der nächsten Ausschusssitzungen vorstellen, was diese Task-Force bisher an Ideen entwickelt habe. Insgesamt sei festzustellen, dass die OGS-Betreuung ein nicht mehr wegzudenkender Teil von Schule sei. Die Stadtverwaltung gehe davon aus, dass die bisherige, ca. 80%ige Versorgung mit OGS-Plätzen, auf ca. 95% ansteigen werde. Dies sei erwartbar.

Frau Mihaljevic (Die Fraktion) und **Frau Hauser** (CDU) reichen Ihre Fragen zur Vorlage schriftlich ein. (*siehe TOP 9.2, TOP 9.4 und TOP 9.6*).

Frau Ritter (Amtsleitung für Schulentwicklung) sagt eine schriftliche Beantwortung der Fragen zu.

Zur Kenntnis genommen.

8.5 Gestaltung der Grundschulsituation in der Planungsregion Nippes/Mauenheim/Riehl/Niehl mit Weidenpesch im Stadtbezirk Nippes 1197/2022

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

8.6 Sachstand zu Schulhofentsiegelungen - zu AN/2094/2021 (Beschluss des Finanzausschusses vom 04.10.2021) 1334/2022

Herr Seeck (SPD) fragt, inwieweit die Schulen hierzu involviert würden.

Frau Binz (Stadtschulpflegschaft) bittet um Auskunft darüber, ob eine solche Abstimmung mit der Schulleitung oder der Schulkonferenz vorgenommen werde.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

8.7 Elternbroschüre Inklusive Bildung an Kölner (Grund-) Schulen 1421/2022

Frau Irlenbusch (SPD) bedankt sich für diese Broschüre.

Frau Böll (Bündnis 90/Die Grünen) bittet die Verwaltung, eine solche Broschüre auch für den Sek-I-Bereich zu erstellen. Es gebe zu den bestehenden Synergieaspekten sicherlich auch einige eigene Aspekte für diesen Bereich.

Frau Ritter (Amtsleitung, Amt für Schulentwicklung) erläutert, dass diese Broschüre grundsätzlich für alle Schulformen gedacht sei. Die Verwaltung werde prüfen, ob es hier gegebenenfalls Ergänzungen gebe, welche in einem Sek-I-Bereich berücksichtigt werden sollten.

Herr Kockerbeck (Die Linke) bittet um Mitteilung, wo diese Broschüre verteilt werde und wie hoch die Auflage sei.

Frau Ritter (Amtsleitung, Amt für Schulentwicklung) sagt eine Beantwortung zur Niederschrift zu.

Die Verwaltung antwortet wie folgt:

Die Broschüre ist in einer Auflage von 5.000 Stück erschienen.

Sie wurde versendet an:

- Alle Grund- und Förderschulen
- Die Schulen für Kranke
- Alle Kindertagesstätten
- Die Sozialpädiatrischen Zentren
- Die Akteure des Elternberatungsnetzwerks
- Die relevanten Dienststellen und Ämter der Stadt Köln (allgemeiner Sozialdienst, Gesundheitsdienst, Familienberatung, Schulpsychologischen Dienst, Schulamt)

Die Broschüre steht zudem allen Akteuren barrierefrei online zur Verfügung. Alle Akteure können je nach Bedarf weitere Druckexemplare kostenlos nachbestellen.

Die Kölner Kinderärztinnen und Kinderärzte haben den Link zur barrierefreien Onlineversion erhalten, ebenfalls verbunden mit dem Hinweis, dass gedruckte Exemplare kostenlos bestellbar sind.

Die Broschüre soll regelmäßig überarbeitet und ergänzt werden. Hierbei sollen perspektivisch auch die Bereiche der Sekundarstufe I und II berücksichtigt werden.

Zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

8.8 Jahresbericht 2021 des Amts für Weiterbildung / Volkshochschule liegt vor 1523/2022

Frau Hölzing (Bündnis 90/Die Grünen) bittet darum, bei den Zahlen und Fakten im zweiten Teil der Broschüre weiter in die einzelnen Bereiche der VHS zu splitten, um hierdurch einen besseren Einblick zur Entwicklung der Zahlen bekommen zu können. Im Bereich der Finanzierung fehle offensichtlich der städtische Anteil. Es habe den Eindruck als seien nur der Zuschuss des Landes NRW und der Eigenanteil der Teilnehmenden aufgeführt. Ebenso wünsche sie sich, eine Erklärung zu den Quellenangaben cmx und dhw.

Die Verwaltung sagt eine schriftliche Beantwortung bzw. eine Berücksichtigung für die Zukunft zu.

Zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

8.9 Sachstand Sonder-Schwimmlern-Programm Ferien 2022 1534/2022

Herr Philippi (SPD) informiert darüber, dass versucht werde, so viele Kinder wie möglich in die Kurse aufzunehmen, aber es derzeit zwei limitierende Faktoren gebe. So gebe es in Köln zum einen einfach zu wenig Wasserfläche und zum anderen gebe es bei Sportvereinen Personalprobleme, um entsprechende Rettungsschwimmer*innen und Übungsleiter*innen oder ähnliches zu finden.

Zur Kenntnis genommen.

8.10 Beschluss der Bezirksvertretung Innenstadt zu den Grundschul-Interims auf der Vogelsanger Straße statt am Venloer Wall vom 7.4.2022 1621/2022

In seiner Sitzung vom 25.4.2022 empfiehlt der Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden den zuständigen Fachausschüssen die Entscheidung der Bezirksvertretung Innenstadt vom 7.4.2022 zu prüfen und bittet darum, den Ausschuss für Bürgerbeteiligung, Anregungen und Beschwerden über den weiteren Fortgang zu informieren.

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Zur Kenntnis genommen.

8.11 Sachstand zur Beschaffung von mobilen Luftfilteranlagen für Schulen und Kitas 1618/2022

Herr Seeck (SPD) bedauert, dass das Ergebnis weiterhin nicht absehbar sei.

Frau Binz (Stadtschulpflegschaft) teilt mit, dass sie alles unterstütze, was die Stadtverwaltung unternehme, um die Beschaffung voranzubringen.

Herr Beigeordneter Voigtsberger (Dezernent für Bildung, Jugend und Sport) führt aus, dass an dieser Stelle nicht die Stadtverwaltung die Verantwortung für die Rügen an sich ziehen könne. Es sei weiterhin das Ziel der Stadtverwaltung, Luftfiltergeräte zeitnah in den Räumen der Schulen aufzustellen. Dass die eingereichten Vergaberü- gen nun zu einer Verzögerung führten, sei bedauerlich, aber es bestehe keine andere Möglichkeit, das bestehende Verfahren weiter zu beschleunigen.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Zur Kenntnis genommen.

8.12 Mitteilung zur digitalen Schulinfrastruktur 1604/2022

Die Mitglieder des Ausschusses bitten diese Mitteilung, auf Grund der Kurzfristigkeit der Vorlage, in die nächste Sitzung des Ausschusses Schule und Weiterbildung zu schieben.

Zur Wiedervorlage in die nächste Sitzung des Ausschuss Schule und Weiterbildung am 22.08.2022 geschoben.

9 Mündliche Anfragen

9.1 Anfrage der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt zu Zu- kunft des Berufskolleg Porz

Vor dem Hintergrund der Baumängel und der notwendigen Sanierungsarbeiten am Berufskolleg Köln- Porz haben wir folgende Fragestellungen:

1. Welche Möglichkeiten gibt es aktuell, das Berufskolleg Köln- Porz (u.a. Fachbe- reiche Heizung und Sanitär) an einen anderen Standort auszulagern?
2. Handelt es sich um eine komplette Auslagerung an einen Standort oder müsste die Schule auf mehrere Standorte verteilt werden bzw. müsste ein Teil in Porz verbleiben? Welche Einheiten müssten ggf. zurück bleiben oder am „neuen“ Standort ergänzt werden?

9.2 Anfrage der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt zu OGT- Qualitätsanforderungen und Qualifikationen

Vor dem Hintergrund des Rechtsanspruches auf eine OGT- Platz und der bereits an vielen Schulen eingerichteten OGT- Plätze haben wir folgende Fragestellungen:

1. Wie viele Gruppen im Offenen Ganztage werden - wie eigentlich gefordert - von zwei Fachkräften betreut? Welche Berufsausbildungen haben diese Fachkräf- te?
2. Wie viele Träger des offenen Ganztags beschäftigen ihre Mitarbeiter aus- schließlich auf Basis eines Tarifvertrags?
3. Wie viele Mitarbeiter im offenen Ganztage werden nicht nach Tarif bezahlt?
4. Welche Qualitätssiegel gibt es in Deutschland für Träger im offenen Ganztage?

9.3 Anfrage der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, CDU und Volt zur Pestalozzi-Schule Förderschule für Geistige Entwicklung in Porz- Wahnheide

Zu Beginn des Schuljahres 2021/22 mussten aufgrund von Platzmangel zwei Klassen der Pestalozzi-Schule von Porz-Wahnheide nach Mülheim ausgelagert werden. Die

dorthin ausgelagerten Schülerinnen und Schüler sind seitdem vom bis dahin üblichen Therapieangebot während der Schulzeit ausgeschlossen, da alle Therapeuten fest an der Stammschule in Porz verblieben.

Die Kapazitäten des Ausweichstandortes in Mülheim wurden leider schon letztes Schuljahr ausgeschöpft. Dennoch soll nun eine weitere Klasse der Pestalozzi-Schule nach Mülheim umziehen. Zusätzlich soll die Größe der Klassen, die am Standort in Porz verbleiben, erhöht werden.

Die dringende Notwendigkeit für eine Erhöhung der Platzkapazitäten durch Modulbauten auf dem aktuellen Gelände der Pestalozzi-Schule wurde bereits im Dezember von Seiten der Stadt Köln gegenüber der Schule erkannt und bestätigt.

Daher bitten wir die Verwaltung um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie sehen die aktuellen Planungen für eine Erhöhung der Platzkapazitäten durch Modulbauten am Standort Wahrheide aus? Wann ist mit einer Realisierung zu rechnen?
2. Müssen aus Sicht der Verwaltung aktuell Maßnahmen ergriffen werden, um am Standort in Wahrheide die angedachte Erhöhung der Klassenfrequenzen umzusetzen? Falls ja, welche?
3. Wie kann der Umzug einer weiteren Klasse nach Mülheim realisiert werden, obwohl die Kapazitäten dort erschöpft sind?
4. Wie kann am Standort Mülheim die Wiedereinführung von Therapieangeboten ermöglicht werden?

9.4 Anfrage von Frau Irlenbusch (SPD) zu Offene Ganztagschule im Primarbereich - Bedarfssituation im Schuljahr 2022/2023 und Ausblick auf den Rechtsanspruch ab 2026 (0219/2022)

Zum Schuljahr 2022/2023:

Der aktueller realisierbare Bedarf ist um 1.744 gesteigert. 33.122 Plätze können vergeben werden.

Lt. Bedarfsabfrage im Dezember können rund 1.175 Plätze nicht gedeckt werden. Bei tatsächlichem Schulbeginn werden viele bei Anmeldung angezeigte Bedarfe nicht mehr geltend gemacht - (2021 Abweichung minus 870) - es wird für 2022 mit Minderbedarf von minus 922 gerechnet:

Frage:

1. Warum wird Platz nicht mehr benötigt?
2. Betrifft dies bestimmte Schulen/Bezirke/Stadtteile (Sozialraum)?

Bezirke 6, 7, 8 und 9 mit der geringsten Versorgerquote (74, 77, 71 und 83%) sind auch die Bezirke mit den meisten Schulen an denen der Bedarf nicht gedeckt werden kann (6, 5, 11 und 7)

Rückgang realisierbarer Plätze an insgesamt 8 Schulen (meisten 1 oder 2 Plätze):

GGs Merianstr. Minus 13

GGs Lustheiderstr. Minus 24

KGS Am Porztenacker Minus 6

Frage:

3. Wie erklärt sich der Rückgang?

Zum Rechtsanspruch:

Schuljahr 2026/2027 tritt Rechtsanspruch in Kraft

Prognose: bis 2029/2030 insgesamt 42.300 Kinder in Primarstufe

95% nehmen Platz in Anspruch

= 40.185 benötigte OGS Plätze

Steigerung der Plätze bis 2029-2030 um 7.000.

Maßnahmenplan von 2022-2023 bis 2029-2030

- Erweiterung wird stadtweit in allen Bezirken an allen Schulen stattfinden müssen.
- Besonderes Augenmerk auf Bezirke 6,7,8 und 9 wo jetzt bereits viel zu wenige Plätze vorhanden sind.

Frage:

4. Wie werden Familien im Sozialraum motiviert für Kinder Platz in Anspruch zu nehmen, Aufklärung über Rechtsanspruch?

5. Verpflegung: Bereits jetzt absehbar, dass erforderliche Maßnahmen bis 2026/2027 nicht umsetzbar sind?

9.5 Anfragen der SPD-Fraktion (Frau Naegele) zu 6.1 Durchführung eines europaweiten Ausschreibungsverfahrens

Die SPD Fraktion begrüßt die Planung zur Errichtung einer Grundschule mit Sportübungseinheiten im Stadtteil Köln-West.

Folgende Fragen stellen sich zum Entwicklungsgebiet Rondorf -West:

1. Gibt es eine verbindliche Grundstücksaufteilung für das Bebauungsgebiet Rondorf - West?
2. Welche Flächeneinheiten sind vorgesehen für Bauungen im Bereich Kita, Grundschulen und weiterführende Schulen (mit exakter Lage und Größenbeschreibung) sowie weiterer öffentlicher Flächen?

Begründung:

Wenn inzwischen Investoren gesucht und beauftragt werden, sollte nachvollziehbar sein, wieviel öffentlicher Bebauungsbereich und wieviel privater Bebauungsbereich zur Verfügung steht. Es muss sichergestellt werden, dass für die öffentlichen Aufgabenbereiche hinreichend Grundfläche zur Verfügung gestellt wird.

9.6 Anfragen von Frau Hauser (CDU-Fraktion)

Zu TOP 5.10 Nachfragen zur Beantwortung von Anfragen zum Schulbudget durch die Verwaltung

Zur Antwort auf die Frage Nr. 3: Schulbudget - Erhöhung der Pro-Kopf-Ansätze

Seit 2013 sind die Pro-Kopf-Ansätze des Schulbudgets nur unwesentlich erhöht worden. Inzwischen hat sich aber die Budget-Situation der Schulen erheblich verändert durch Kostensteigerungen wie z.B. durch digitale Beschaffungen (Apps für iPad-Klassen).

Frage:

Haben Sie als Schulträger frühzeitig die Notwendigkeit einer Erhöhung der Pro-Kopf-Ansätze auf der politischen Entscheidungsebene geltend gemacht?

Zur Antwort auf die Frage Nr. 4: Schulbudget - Bemessungsgrundlage für die Pro-Kopf-Ansätze

Die Verwaltung kündigt an, dass die bisherige Bemessungsgrundlage für die Prokopf-Ansätze veränderten Bedarfen angepasst werden soll.

Frage:

Welche veränderten Bedarfe sollen für die zukünftige Bemessung dieser Ansätze in Frage kommen?

Zu TOP 8.4: Offene Ganztagschule im Primarbereich

Die Umsetzung des Rechtsanspruchs auf ganztägige Betreuung im Primarbereich wird spätestens ab jetzt eine Daueraufgabe für uns sein, der wir uns im Interesse unserer Schüler und Schülerinnen intensiv widmen müssen.

Dabei sind zunächst diese 4 Punkte relevant, was die **Bereitstellung** angeht:

- Finanzierung und Einrichtung von OGT-Plätzen
- Eine bauliche Ertüchtigung der Grundschulen (Küche, Mensa, andere Räumlichkeiten)
- Eine angemessene Mittagsverpflegung
- Tarifliche Anstellungsverhältnisse sowie Fortbildungen für die Betreuungskräfte

Aber ebenso wichtig wie die äußeren Rahmenbedingungen ist die **Qualität** der Ganztagsbetreuung. Wie wir wollen, dass sie dauerhaft ein Erfolg für unsere Schüler und Schülerinnen wird, müssen diese 3 Qualitätskriterien umgesetzt werden:

1. Konstanz bei der personellen Ausstattung, damit die Kinder Vertrauen zu den Ganztagskräften aufbauen können
2. Fachliche Expertise und pädagogische Kompetenz, die dem öffentlich-

rechtlichen Schulsystem angemessen sind, damit Aufarbeitung von Lernrückständen, Förderung und kreative Entfaltung der Kinder Raum im Ganztage erhalten.

3. Ein Konzept, das Unterricht und Betreuung aufeinander abstimmt und so verhindert, dass vormittags „Hü“ und nachmittags „Hott“ gesagt wird.

Die Verwaltung sagt eine Beantwortung der eingereichten, verschriftlichten, mündlichen Nachfragen, zu.

Ende des öffentlichen Teils der Niederschrift.